Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20618. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefannahme 20 Pf.

Nr. 169. | Dresden, Freitag den 25. Juli 1919. | 30. Jahrg.

Massenkündigungen in der Berliner Metallindustrie.

In der Berliner Metallindustrie drohen neue schwere Konflikte auszubrechen. In den Wernerwerken in Siemensstadt und in der Borsigschen Maschinenfabrik in Tegel ist es zu Massenkündigungen der Arbeiter durch die Betriebsleitungen gekommen, die auf die Haltung von Teilen der Arbeiterschaft zurückgeführt werden. So gaben die Siemens-Schuckert-Werke unterm 24. Juli bekannt: „Denjenigen Arbeitern der Siemens-Firmen, die gestern in passive Resistenz getreten sind und die trotz der Aufforderung der Betriebsleitung auch heute die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, ist ihre Entlassung mitgeteilt worden. Es handelt sich um ungefähr 10 000 Mann." Und in der Maschinenfabrik Borsig wurde den seit längerer Zeit im Streik stehenden Hammerschmieden jetzt gekündigt, weil sie durch den Streik die Tätigkeit der übrigen Abteilungen behindern. Die Firma hat in Aussicht genommen, das Tegeler Werk überhaupt zu schließen, wenn die Arbeiter weitere Schwierigkeiten machen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine gedeihliche Arbeit unmöglich sei.

Wie mitgeteilt wird, handelt es sich bei diesen Vorkommnissen um Einzelerscheinungen, die die überaus zugespitzte Gesamtlage in der Berliner Metallindustrie scharf beleuchten. Ueber einen neuen Lohn- und Arbeitstarif ist es bis jetzt zu keiner Einigung gekommen. Wenn es dem Reichsarbeitsministerium nicht noch gelingt, eine Einigung herbeizuführen, ist mit einem Generalstreik in der Groß-Berliner Metallindustrie zu rechnen. Es läßt sich noch nicht voraussagen, ob es in diesem Falle nicht zu einem Konflikt in der Metallindustrie in ganz Deutschland kommen wird. Wie der Vorwärts berichtet, ist bereits gestern nachmittag durch geheime Abstimmung der Streik für den gesamten Siemens-Konzern beschlossen worden, und dadurch die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks in unmittelbare Nähe gerückt. Der Vorwärts spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, in letzter Stunde noch zu einer Einigung zu kommen. Auch im Bereiche der Post ist es zu Schwierigkeiten anläßlich des Montagsstreiks gekommen. Die Oberpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen Teilnahme am Ausstande entlassen.

Politischer Streik in Celle.

Celle, 24. Juli. Die hiesige Arbeiterschaft ist heute in den allgemeinen Ausstand getreten, um dadurch die Zurücknahme des vor 14 Tagen angekommenen Jägerbataillons Kirchheim zu erzwingen.

Landarbeiterforderungen.

Düsseldorf, 25. Juli. Der Landarbeiterverband hat sich wegen des Abschlusses des Tarifvertrages an den Bauernrat gewandt. Der Tarifentwurf fordert Tagelöhne von 10 M. für über 20 Jahre alte Vollarbeiter.

Die Bewegungen in England.

London, 23. Juli. Die Konferenz des sogenannten Arbeiterdreibundes beschloß heute in einer geheimen Sitzung mit 217 gegen 11 Stimmen, festzustellen, und zwar durch namentliche Abstimmung, wie sie durch die Verfassung der betreffenden Körperschaften vorgesehen ist, ob die Mitglieder dieser Körperschaften bereit sind, eine industrielle Aktion zu unternehmen, um die Abschaffung der Dienstpflicht und die Einstellung der militärischen Intervention in Rußland zu sichern und eine Aktion in dem wirtschaftlichen Kampfe in der Heimat einzuleiten.

London, 23. Juli. Bonar Law teilte mit, die augenblickliche Lage in den Kohlenbergwerken sei folgende: 6 Kohlenbecken sind ersoffen, 17 Zechen in Gefahr zu ersaufen. Der Streik hat sich in Derbyshire ausgedehnt. In zwei Schächten wurden die Pumparbeiten eingestellt. Dadurch befinden sich die Schächte in Gefahr. In Lancashire und Nottinghamshire ist die Lage unverändert. In Nordwales befindet sich ein großer Teil der Arbeiter im Ausstande. Es ist jedoch beschlossen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine Entscheidung über die von den Arbeitern vorgebrachten Beschwerden getroffen ist. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter wird morgen mit Lloyd George und Bonar Law zusammentreten.

Amsterdam, 23. Juli. Der Telegraaf meldet aus London, daß sich die Einschränkung des Eisenbahnverkehrs und des Betriebes der Untergrundbahnen nötig mache. Außerdem habe der Verkehrskontrolleur den Blättern eine Verordnung zugehen lassen, die bestimmt, daß eine Familie nicht mehr als zwei Zentner Kohle erhalten dürfe. Der Streik habe auf einige Kohlenfelder in Nottinghamshire übergegriffen. In Lancashire seien wieder 800 Arbeiter an die Arbeit gegangen. In den Midlands müßten immer mehr Fabrikbetriebe wegen Kohlenmangels eingestellt werden. Möglicherweise würden alle Textilfabriken schließen müssen. In Bradford seien 3000 Wollweber ohne Arbeit. In Grimsby lägen die Fischdampfer still und in Hull leide die Schiffahrt ernstlich.

Vorpostengefechte.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Der sonst so tüchtige Präsident Fehrenbach hat diesmal schlecht disponiert, da er Begründung und Beantwortung von drei Interpellationen zwischen die beiden Ministerreden vom Mittwoch und die Aussprache am Donnerstag hineinklemmen ließ. Die beiden nationalliberalen Interpellationen betreffen die Planwirtschaft und den Landarbeiterstreik, und in bezug zu diesem gleichen Gegenstand wünschten auch die Herren Deutschnationalen ihre brennende Neugier gestillt zu sehen. Obwohl er selber zugeben mußte, daß die Regierung bereits erklärt hat, sie verzichte auf die Wissellsche Planwirtschaft, hielt Herr Witthoeft von der Deutschen Volkspartei, seines Zeichens Hamburger Großkaufmann, der sog. deutsche Pfefferkönig, eine lange Rede, die mit der Aufstellung von 10 Thesen schloß, durch deren Befolgung, wie Herr Witthoeft meint, alles Elend dieser und jener Welt beseitigt werden könnte.

Die Antwort des Reichsernährungsministers Schmidt wirkte beruhigend auf diejenigen unserer Genossen, die nach seinen Darlegungen in einer Ausschußsitzung im Ministerium schon gefürchtet hatten, er wolle nunmehr Handel und Verkehr, Ein- und Ausfuhr in völlig freier Bahn laufen lassen.

Die beiden Landarbeiterstreikinterpellationen wurden für die Deutsche Volkspartei vom Hofbesitzer Dusche begründet, der auf lahmem Gaul eine Kavallerieattacke gegen den preußischen Landwirtschaftsminister, unseren Genossen Braun, zu reiten versuchte. Für die deutschnationalen Agrarier sprach Herr Behrens, der Vorsitzende der Wald- und Wiesenarbeiter Deutschlands. Er reizte die Sozialdemokraten zu scharfem Protest und hängte sich dann das große soziale Mäntelchen um, aus dessen Falten der echte Behrens gar nicht mehr herauszufinden war.

Genosse Schlicke als Reichsarbeitsminister trumpfte die scheinheiligen Agrarier samt ihren Schleppenträgern prachtvoll ab und ließ zum Aerger der Interpellanten nicht den geringsten Zweifel darüber, daß an die Antastung des Streikrechtes nicht zu denken und daß die Zeit vorüber ist, in der einseitig nur gegen die Landarbeiter vorgegangen, die Willkür der Besitzer aber gehätschelt und getätschelt wurde. Zu der eigentlichen Aussprache kam an diesem Tage nur ein einziger Redner zum Wort: Genosse Krätzig, der scharfes Gericht hielt über die Kriegsschuldigen sowie über jene reichen Müßiggänger, die ein Leben lang gefaulenzt haben und nun den Proletariern die Herrlichkeiten der Arbeit in den verführerischsten Farben malen.

Man glaubt, daß die Rechtsparteien ihre Interpellationen nur als Vorpostengeplänkel angesehen haben und daß sie bei der Debattefortsetzung am Freitag zu scharfen Angriffen gegen die Minister Bauer, Müller und Erzberger ausholen wollen. Dieser entscheidenden Gefahr wird in Weimar allerdings mit Ruhe ins Auge geblickt.

Nicht mehr Geld, sondern wertvolleres Geld!

Schwedische Arbeiterführer haben neuerdings die Parole an die Genossen ausgegeben: „Nicht mehr Geld, sondern wertvolleres Geld!" Wir können jetzt nicht nachprüfen, wer das Wort geprägt hat. Es ist auch gleichgültig. Wohl aber lohnt es sich, die Richtigkeit dieser Parole zu untersuchen.

Was ist heutzutage überhaupt Geld? Solange wir in der Lage waren, unser Papiergeld jederzeit in jeder in Betracht kommenden Menge beliebig in Goldgeld umwechseln zu können, besaß unser Geld wirklichen Eigenwert. Damals hieß mehr Geld haben, mehr Gold besitzen. Und wer mehr Gold in der Hand hat, der kann sich auch von den andern verlockenden Gütern dieser Welt mehr verschaffen. Heutzutage aber paßt das alles für unsre deutschen Geldverhältnisse nicht mehr. Die Goldbedeckung unsres Papiergeldes ist so knapp geworden und wird von Tag zu Tag in so erschreckendem Maße knapper, daß, wenn man anfangen wollte, unser jetziges Geld in Gold umzutauschen, fast im Handumdrehen unser ganzer Goldvorrat erschöpft wäre. Wenn also unser Geld heute noch einen, wenn auch sehr verringerten Wert hat, so hat es ihn aus einem andern Grunde. Sein Wert besteht in der Hauptsache darin, daß man deutsche Arbeit oder deutschen Arbeitsertrag dafür erhalten kann. Die Arbeitskraft und der Arbeitswille unsres Volkes sind es, die unserem Gelde heute noch einen leidlichen Kredit verschaffen, also an Stelle des Goldes seine Deckung bilden. Und nun ist es klar: Je mehr die Arbeitskraft und der Arbeitswille bei uns sinken, um so wertloser muß unser Geld werden; denn nachdem die Golddeckung zusammengeschrumpft ist, schrumpft dann auch die Arbeitsdeckung, und damit würde unser Papiergeld schließlich immer mehr zum wertlosen Wisch. In gleichem Maße aber muß alle Arbeit und alles, was von ihr erzeugt wird, ziffernmäßig teurer werden, oder anders ausgedrückt, um so höher werden die Löhne klettern und um so weniger wird man für sie kaufen können.

Bei uns in Deutschland gibt es verhältnismäßig nur noch verschwindend wenig Werte, die die Natur uns unmittelbar und gleichsam von selber spendet. Und das allermeiste, bei dem es, flüchtig betrachtet, so aussieht, erhält seinen Hauptwert erst durch die hineingesteckte menschliche Arbeit. Das gilt auch von der Kohle im Schacht, vom Torf im Moor und erst recht vom Holz im Walde. Es gilt ebenso von allem andern, was wir zum Leben nötig haben, oft sogar von der Luft, die wir zum Atmen brauchen. Wer also jetzt Geld bei uns bekommt, erhält nicht mehr eine Anweisung auf Gold, sondern eine Anweisung auf das, was unser Volk bereits erarbeitet hat oder noch erarbeiten wird. „Lohn bekommen" oder „ein Einkommen haben" heißt also für einen Deutschen, daß er eine Anweisung besitzt auf einen bestimmten Anteil am Arbeitsertrag des deutschen Volkes.

Wenn man einen Anteil an etwas erhält, das wertvoll ist, dann wünscht man sich diesen Anteil natürlich möglichst groß. Erfüllen läßt sich dieser Wunsch auf zweierlei Weise. Nehmen wir einmal an, fünf Kinder hätten sich eine Tafel Schokolade zu teilen. Der Anteil des einzelnen Kindes läßt sich erstens dadurch vergrößern, daß es auf Kosten und zum Nachteil der übrigen möglichst viel von der Tafel erhält. Man kann ihn aber zweitens auch dadurch größer machen, daß man den fünf Kindern eine größere Tafel zum Verteilen gibt. Genau so verhält es sich mit dem Einkommen des einzelnen und der gesamten deutschen Verbrauchsgütermasse, von der es einen Teil darstellt. Mehr Geld fordern, also ein höheres Einkommen verlangen, ohne dafür mehr arbeiten zu wollen, macht die Tafel Schokolade, will sagen die Gesamtmenge der unserem Volke zur Verfügung stehenden Güter nicht größer. Es bedeutet dies nur, daß man unsozial seinen Anteil daran auf Kosten der andern vergrößern will. Sorgt man dagegen dafür, daß mehr gearbeitet wird, also mehr Verbrauchsgüter erzeugt werden und dann auch für die Verteilung durch den Verkauf zur Verfügung stehen können, so vergrößert man sozusagen die zu verteilende Tafel Schokolade und seinen eigenen Anteil daran, vergrößert also sein wirkliches Einkommen, auch wenn man dasselbe ziffernmäßige Bareinkommen behielte, ja unter Umständen selbst dann, wenn dieses zurückgehen sollte.

Die ewige Streikerei, zu der, wie es in einem Berliner Blatte ausgeführt wurde, von gewisser Seite nachgerade fast stumpfsinnig bei jeder irgend möglichen Gelegenheit aufgefordert wird, verringert die Menge unserer Verbrauchsgüter erschreckend, verkleinert also gleichsam jene bildliche Tafel Schokolade. Daher muß das Streiken unabwendbar dazu führen, daß der Anteil, den jeder einzelne an den Verbrauchswerten erhält, zuletzt doch in gleichem Maße kleiner wird, wie Verbrauchsgüter wegen des Streiks weniger erzeugt werden, ganz gleichgültig, ob sein Lohn steigt oder nicht. Denn die andern passen schon darauf auf, daß ihr eigener Lohn ziffernmäßig nicht hinter dem der andern zurückbleibt. Und sie werden um so leidenschaftlicher dagegen ankämpfen, je mehr mit dem Zusammenschrumpfen der Gesamtmenge der Verbrauchsgüter alles Notwendige knapper wird und sich damit auch ihr eigener Anteil daran immer bedrohlicher verringert.

Die eingangs erwähnte Parole: „Nicht mehr Geld, sondern wertvolleres Geld!" enthält also angesichts unserer Lage eine Wahrheit von gar nicht zu überbietendem Ernst. Das allgemeine Streben nach mehr Geld oder fortgesetzten Lohn- und Gehaltssteigerungen wirkt gerade so, als wenn jene fünf Kinder, die die Tafel Schokolade teilen sollen, sich gegenseitig verprügeln, um jeder ein möglichst großes Stück zu erwischen, wobei sodann eine Menge Schokolade verderben wird und keiner eine rechte Freude an ihr hat. Und dabei wäre ein solches Verfahren der Kinder immer noch viel vernünftiger als dieses fortgesetzte Sich-gegenseitig-bestreiken. Denn die Kinder können ihre Tafel Schokolade beim besten Willen nicht vergrößern. Unser Volk aber kann durch angespannte Arbeit die Menge seiner Verbrauchsgüter ganz gewaltig steigern und damit den Anteil des einzelnen an ihnen größer machen, ihren Preis verringern und den Wert unsres Geldes damit erhöhen. Es mag das für den volkswirtschaftlich Ungeschulten nicht so leicht einzusehen sein, aber es ist unbedingt richtig, was die Schweden sagen: „Nicht mehr Geld, sondern wertvolleres Geld!"

Bos.

Der Kampf gegen Erzberger.

Der Reichsfinanzminister Erzberger gehört zu den bei den alldeutschen Kriegsscharfmachern am meisten gehaßten Leuten. Man kann ihm nicht vergessen, daß er entschieden für den Verständigungsfrieden eingetreten ist. Immer wieder tritt Herr Helfferich, ein Mann, der allen Grund hätte, seinen Mund zu halten, mit neuen Angriffen und Vorwürfen gegen Erzberger auf den Plan, wobei ihm der Reichsfinanzminister gewöhnlich die Antwort nicht schuldig bleibt. Jetzt hat Herr Helfferich Unterstützung bei dem bisherigen deutschen Botschafter in Wien, Grafen Wedel, gefunden, der schweres Geschütz gegen Erzberger auffahren läßt.

Graf Wedel veröffentlicht in der Hamburger Nachrichten unter der Ueberschrift: „Der Immediatbericht des Grafen Czernin vom 12. April 1917" einen Artikel, in dem er den Vorwurf erhebt, daß Erzberger einen Geheimbericht des Grafen Czernin, den er von nichtamtlicher Seite erhalten hatte, in einer Versammlung persönlich verwertet habe. Infolgedessen fand das Geheimnis seinen Weg nach Paris. Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner Siegeszuversicht infolge der Wirkung des U-Bootkrieges wankend geworden und Verständigungsgedanken nicht ganz unzugänglich gewesen sei. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit den italienischen Kollegen die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Die geplante Reise sei aufgegeben worden, weil die Lage durch die Nachrichten aus Oesterreich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190725/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ich gewandt habe. Nach dem Bericht des Grafen Czernin habe man geglaubt, daß Oesterreich, vielleicht auch Deutschland nahe vor dem inneren Zusammenbruch stünden, und deshalb habe man den Verständigungsgedanken fallen lassen. Wie Graf Wedel noch mitteilt, hat Graf Czernin von Herrn Erzberger Rechenschaft wegen der Verbreitung seines Geheimberichts verlangt, er habe ihn auf die Akten aufmerksam gemacht, und Herr Erzberger sei sehr erschüttert gewesen und habe seine schweren Fehler eingesehen.

Wir können natürlich nicht prüfen, wie weit die gegen Erzberger erhobenen Vorwürfe zutreffen.

In der gestrigen Sitzung des Kriegsausschusses wurden eingehend die Angriffe Dr. Helfferichs und des Grafen Wedel gegen Reichsminister Erzberger besprochen. Es ist möglich, daß das Kabinett, da Herr Erzberger Vizepräsident des Ministeriums ist, am Schluß der großen politischen Debatte in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage stellen wird. Erzberger stellte bereits in der gestrigen Fraktionssitzung des Zentrums die Vertrauensfrage. Seine Partei sprach ihm daraufhin das Vertrauen aus.

In seiner heutigen Rede wird, wie gemeldet wird, Erzberger u. a. darauf hinweisen, daß die Verhandlungen, auf die Graf Wedel abzielte, bereits im April 1917 stattgefunden haben, so daß also die Indiskretion über die Friedensanregung Czernins und die Kriegsmüdigkeit Oesterreichs ohne Einfluß auf das Verhalten Englands gewesen sei, da englische Anfrage über Belgien erst im August 1917 an Deutschland gerichtet und dann von der Reichsregierung abweisend beantwortet worden sei.

Ferner wird Erzberger in seiner Polemik mit dem Grafen Wedel darauf aufmerksam machen, daß der Graf als deutscher Botschafter in Wien den beginnenden Abfall Bulgariens in einer Depesche an das Auswärtige Amt als politisch bedeutungslos hingestellt habe.

Wie den Blättern aus Weimar mitgeteilt wird, beabsichtigt der Reichsminister Erzberger ferner heute in der Nationalversammlung wichtige Schriftstücke aus dem Sommer 1917 zu verlesen, woraus hervorgehe, daß ein englisches Friedensangebot durch die damalige Regierung Michaelis falsch behandelt wurde. Der päpstliche Nuntius in München hatte sich in einem Schreiben an die Regierung gewandt, worin er erklärte, die englische Regierung habe durch den englischen Botschafter in Rom den päpstlichen Stuhl ersucht, in Deutschland anzufragen, wie dieses über die belgische Frage denke, um vielleicht auf diesem Wege zu einem baldigen Frieden zu kommen. Deutschland solle mitteilen, welche Garantien es Belgien zu bewilligen bereit sei und welche [illegible] Deutschlands beanspruche.

Die Kreuzzeitung schreibt unter der Ueberschrift „Der Trick des Herrn Erzberger": Herrn Erzberger, der angeblich in diesen Tagen, geschützt durch die Nationalversammlung, eine Abrechnung mit seinen Gegnern halten will, wird es nichts nutzen, wenn er jetzt die Kampffront zu verschieben suchte. Sollte er, gestützt auf den Haß der Sozialdemokratie gegen die Besitzenden und auf die Blindheit seiner eigenen Partei, sich noch länger in seiner Stellung behaupten, so kann er versichert sein, daß wir auch, wenn seine Steuerprojekte erledigt sind, nicht nachlassen werden, für die Beseitigung dieses Mannes als verantwortlichen Stellen mit aller Kraft zu kämpfen.

Es ist sicher kein Zufall, daß gerade jetzt gegen Erzberger so Sturm gelaufen wird. Der Vorwärts dürfte nicht unrecht haben, wenn er meint, daß die Hetze gegen Erzberger vor allem dem Reichsfinanzminister gilt, der den Besitzenden schwere Steuerlasten auferlegen will. Was wir in diesen Tagen an Angriffen auf Erzberger erleben, so heißt es im Vorwärts, hat den Zweck, die Vermögensabgabe und die übrigen harten direkten Steuern zu verhindern. Hat den Zweck, die Kapitalisten zu schonen, die Kriegsgewinnler ungeschoren zu lassen und die Milliardenlasten soweit irgend möglich und soweit dies möglich den werktätigen Volksmassen aufzuladen.

Die Kapitalisten Deutschlands rühren sich. Sie schlagen um sich. Sie wollen ihr Vermögen und ihren Besitz retten, indem sie Erzberger zum Sturz bringen. Die Kapitalisten hüllen sich in moralische Entrüstung gegen einen einzelnen, um ihre gesamten Besitzinteressen zu wahren. Sie sind und waren eben immer Patrioten.

Kämpfe zwischen Kroaten, Slowenen und Serben.

Die Grazer Abendblätter berichten über eine Militärrevolte eines großen Teils der südslawischen Besatzung von Marburg, die unter dem Rufe „Tod den Serben" ihre Unzufriedenheit mit dem serbischen Regime und ihre Erbitterung über die zwangsweise Einreihung ausdrückte. Zurückzuführen ist die Revolte auf eine von slowenischen und kroatischen Soldaten zahlreich besuchte sozialdemokratische Versammlung, in der ein Redner unter allgemeiner Zustimmung für eine republikanische Staatsform Südslawiens eintrat. Zahlreiche Versammlungsbesucher wurden verhaftet, wodurch der langverhaltene Unmut der slowenischen und kroatischen Soldaten zum Ausdruck kam. Am Dienstag abend kam es zu erbitterten Kämpfen, die sich auf der Straße weiter entwickelten. Bisher wurden 30 Tote und viele Verwundete gemeldet.

Wien, 24. Juli. Nach einer Grazer Meldung der Zeit nahm an dem Aufruhr in Marburg nahezu die ganze Garnison teil. Die wilde Schießerei, bei der außer Gewehren auch Maschinengewehre und Handgranaten verwandt wurden, forderte mehr als 100 Tote und über 200 Verletzte. Schließlich wurden die Serben von den Kroaten aus der Stadt verdrängt. Den letzten Nachrichten zufolge ist in Marburg wieder vollkommene Ruhe eingetreten.

Das ungarische Korrespondenz-Bureau meldet aus Agram: In Kroatien ist die Revolution ausgebrochen. Der Wiener Abgeordnete Radic wurde aus dem Gefängnis befreit. Das Heer ist in Auflösung begriffen, jede Disziplin hat aufgehört, die Soldaten verlassen ihre Truppen. Die Offiziere und Unteroffiziere haben ihre Dienstabzeichen heruntergerissen. In Warasdin und Agram kam es zu großen Unruhen, die noch fortdauern. Von Slavonien nach dem Süden hin ruht jeder Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephonverkehr.

Auch aus Alsó-Lendva wird gemeldet: Heute früh brach in verschiedenen Ortschaften Jugoslawiens eine revolutionäre Bewegung aus. Man sucht die kroatischen Revolutionäre durch serbisches Militär, das überall zusammengezogen wird, niederzuhalten. In mehreren Orten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß die kroatischen Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen haben.

Planwirtschaft und Landarbeiterstreik.

Weimar, 24. Juli.

Das Haus tritt in die Beratung der Interpellation Arnstadt (Dnat. Vp.) und Heinze (D. Vp.) und Genossen über die

Planwirtschaft

ein. Die Interpellanten fragen an, ob die Reichsregierung die in einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums niedergelegte Absicht der Vereinigung der gebundenen Wirtschaft unter staatlicher Aufsicht (Planwirtschaft) zu der ihrigen machen wolle.

Abg. Wittkoefft (D. Vp.): Der Reichsministerpräsident hat bereits gestern mitgeteilt, daß die Regierung auf die sogenannte Planwirtschaft verzichtet. Wir leben aber seit dem 9. November in Zeiten der Zufälligkeiten und Unsicherheiten. Was heute so ist, kann morgen anders sein. (Sehr richtig!) Deshalb können wir auf die Begründung unserer Interpellation nicht verzichten. Würden die Absichten der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums verwirklicht, so würde sie es wollen zum schwersten Nachteil für die Wiederaufrichtung des Handels und der Industrie ausgeschaltet. Wir hoffen, daß der Reichswirtschaftsminister sehr bald die Beseitigung wirtschaftlicher Schranken durchführen wird. Die Planwirtschaft hätte nicht nur die Lahmlegung unseres wirtschaftlichen Lebens bedeutet, sondern völlig im Gegensatz zu der erwünschten Sparsamkeit unsern Beamtenapparat in nicht auszudenkendem Verhältnis ausgedehnt und die unerträgliche Abhängigkeit von Berlin noch gesteigert.

Wir verlangen die schleunige Beseitigung der Außenhandelsstellen. Sie sind eine ungeheure Erschwerung für die kaufmännische Tätigkeit und können zur Quelle von Zerwürfnissen mit andern Völkern werden, denen die Außenhandelsdeutschen schwerlich gerecht werden können. (Sehr richtig!) Der Geist der Korruption, wie er sich namentlich an der Grenze der preußischen Provinz zeigt, muß gänzlich gestört werden, mit ihm der Schleichhandel. Der Freihandel ist ein gut funktionierender Regulator, dessen Preisverhältnisse werden den Preiswucher verhindern und unsere Valuta verbessern. Erfreulich ist die Beseitigung der Demobilmachungsverordnung. Gewisse Zweige der Industrie mögen sich bei der gebundenen Wirtschaft besser stehen, aber auch für die Industrie ist Vorsicht geboten. Wir laufen Gefahr, daß unsere Veredelungsindustrie in die Nachbarländer auswandert, um von dort aus zu exportieren. Unser Bauer will frei sein auf freier Scholle und mit Zwangsgesetzen nichts zu tun haben. Die Volkswirtschaft läßt sich nicht nach einem bestimmten Plane auf lange hinaus zwingen.

Reichsernährungsminister Schmidt:

Ueber die Planwirtschaft und die Stellung, die sie dazu einnimmt, hat die Regierung bereits Erklärungen abgegeben. In der Interpellation sind aber noch allgemeine volkswirtschaftliche Probleme berührt, auf die ich eingehen will. Die Blockade, die dreiviertel Jahre über den Waffenstillstand hinaus dauerte, hat uns neue unerwartete Opfer und Lasten auferlegt; dennoch sind unsere Aussichten nicht allzu ungünstig. Unser Boden, die Bergwerke und Verkehrsanstalten sollen bald wieder leistungsfähig gemacht werden, sobald nur erst wieder die Arbeit einsetzt. Die deutsche Arbeiterschaft wird, so vertraue ich, das Nötige tun. Das Reichswirtschaftsamt wird versuchen, die Interessenkonflikte und Gegensätze, die entstehen müssen, auszugleichen. Ein starres System kann es nicht aufstellen, sondern muß nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien verfahren. Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das Gesamtinteresse es einigermaßen zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausfuhr unbeschränkt zu gestatten, geht bei der gegenwärtigen Preislage und dem Stand der Valuta nicht an, namentlich dürfen keine Rohstoffe ausgeführt werden, für die im eigenen Lande ein außerordentlicher Bedarf vorhanden ist. Immerhin hat die Kriegswirtschaft die Preise im Inlande weit unter dem Weltmarktpreis gehalten; der Zwang, den sie eingeführt hat, soll nur soweit, als es nötig ist, aufrechterhalten werden. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen Artikeln, die wir im Lande entbehren können oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Möglichkeit fördern. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle; mit dieser werden auch viele Ungerechtigkeiten verschwinden. Ganz frei kann die Einfuhr für Fertigfabrikate nicht werden, denn deren Konkurrenz würde unsere eigene Industrie an ihrem Leben gefährden. Das Interesse der Industrie ist gegen übermäßig schwere Konkurrenz zu wahren. Aber wir brauchen auch dringend die Einfuhr von Kleiderstoffen; der Bedarf hieran ist enorm und unabweisbar. Ebenso wichtig ist es, unserer Textilindustrie die nötigen Rohstoffe zuzuführen.

Die Rohstoffversorgung eröffnet überhaupt ein weites Gebiet für den Handel. Der Großhandel wird bei genügender Aufsicht keine Monopolisierung erhalten. Der Großhandel hat das Bestreben, wieder mit seinen ehemaligen Abnehmern in Verbindung zu treten, und es sollen in zweiter Linie auch die kräftigen Handwerkerorganisationen als Abnehmer eintreten, soweit sie sich zu tüchtigen Einkaufsgenossenschaften zusammengetan haben. In gewisser Weise kann auch der Kartellgedanke, der sich bisher in freier Organisation entwickelt hat, von der Regierung aufgenommen werden. Unsere wichtigste Aufgabe bleibt die

Hebung der Kohlenproduktion.

Die zweite wichtige Aufgabe heißt Neuordnung des Güterverkehrs. Die Produktion muß gesteigert werden unter Inanspruchnahme der höchsten Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft. Das kapitalistische Privatinteresse ist nicht ganz auszuschalten, sondern mit [illegible] zu verbinden.

Es folgen die Interpellationen Dr. Heinze und Genossen (D. Vp.) und Arnstadt und Genossen (Dnat. Vp.) betreffend den

Landarbeiterstreik.

Die Interpellation Dr. Heinze und Genossen begründet

Abg. Dusche (D. Vp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beigelegt, aber er kann jeden Tag wieder neu ausbrechen. Verbrecherische Agitatoren sind im Lande tätig, um mit russischen Mitteln die Landarbeiter zu neuen Streiks aufzuhetzen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Reichsregierung und vor allem der preußische Landwirtschaftsminister schon längst Vorbeugungsmaßregeln treffen müssen. Aber nichts ist geschehen. Die Landwirte werden sich bemühen, wie sie es bisher immer getan haben, staatserhaltend zu wirken. Die Regierung aber hat die Pflicht, endlich einmal mehr Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermißt haben. Die ultraradikalen Elemente scheuen vor keinem Mittel zurück, um ihre verbrecherischen Ziele zu erreichen. Es geht ums Ganze.

Abg. Behrens (Dnat. Vp.): Wir stehen erst am Anfang der Ernte und müssen unter allen Umständen die Ordnung auf dem Lande aufrechterhalten, sonst bedroht uns der Hungertod. Wir verlangen deshalb von der Regierung die Ermächtigung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturallöhne auszuzahlen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens, Ausbau der Spruchkammern, Schlichtungsausschüsse, Vertragsprüfungsstellen sowie Landarbeitergerichte ähnlich den Gewerbegerichten, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der das freie Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer behindert. Man folge diesen Anregungen aus der Praxis durch Taten, nicht durch Reden. Am wenigsten würden Ministerreden nutzen, in denen irgendeiner Gruppe der Landbevölkerung Vorwürfe gemacht werden. Jetzt ist es Zeit zum Handeln.

Reichsarbeitsminister Schlicke:

Wer trägt denn die Schuld daran, daß die Arbeiter sich verhetzenden Agitatoren, soweit solche vorhanden sind, zugänglich zeigen? Das sind diejenigen, die in früheren Jahren es verhindert haben, daß die Landarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren und politisch aufklären konnten. Aber es bedarf gar keiner gewissenlosen Hetze mehr, um Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft zu erwecken. Der Widerstand, der von vielen Arbeitgebern dem Erlaß der Landarbeiterordnung entgegengesetzt worden ist und die vielfach sehr wenig einwandfreie Art wie seitens der Arbeitgeber der Abschluß von Tarifverträgen betrieben worden ist, hat mit Recht viel Unzufriedenheit erzeugt. Jeder von uns wird den Ausbruch von Landarbeiterstreiks aufs tiefste bedauern, aber es darf doch auch nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der rücksichtslosesten Ausnutzung der Konjunktur ihren Arbeitnehmern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben.

An Vorbeugungsmaßregeln ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterordnung noch folgendes geschehen bzw. in Aussicht genommen: Es ist ein Erlaß herausgegeben worden, der den wilden Kündigungen der Landarbeiter vorbeugen soll; es sind Beratungen im Gange zum Ausbau der Befestigung des Tarifwesens, insbesondere in der Richtung, daß in bezug auf Lohn und Deputat sowie Arbeitszeit klare Bestimmungen getroffen und Prüfungsstellen und Schlichtungsinstanzen eingerichtet werden. Endlich sind Verhandlungen im Gange, inwieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur seitens der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber. Strafbestimmungen über die Bestrafung des Vertragsbruchs hinaus wie sie von der Rechten gewünscht werden (Widerspruch rechts), kann ich nicht in Aussicht stellen. In keinem Falle ist etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie anzutasten oder einzuschränken.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach beschließt das Haus, die Besprechung der Interpellationen mit der politischen Aussprache zu verbinden.

Abg. Krätzig (Soz.): Der Abgeordnete Wittkoefft hat ein lautes Klagelied über die Kriegswirtschaft angestimmt. Er hat aber verschwiegen, daß diese Kriegswirtschaft ein Werk der vorrevolutionären Regierung ist. Dem Programm, das uns gestern der Herr Ministerpräsident entwickelt hat, stimmen wir im großen und ganzen zu. Aber wir fragen: Wo bleibt der Staatsgerichtshof, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die all dieses Elend verschuldet haben? Wir verlangen eine großzügige Sozialpolitik, Erhöhung der Versicherungsgrenze, Mutterschaftsversicherung, Versorgung der Opfer des Kriegs, Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebenswichtigen Betriebe gegen die Gewalt. Wir wünschen den Belagerungszustand zum Teufel, aber die Spartakisten müssen erst einsehen, daß sie sich mit der Politik der Handgranaten blutige Köpfe holen. Die Selbstzerfleischung des Volkes muß aufhören. Alle Kreise müssen zusammenstehen, damit unser deutsches Volk nicht untergeht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Um 1¾ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr. Außerdem kleine Anfragen.

Zur Stützung der Kriegsanleihe.

Berlin, 24. Juli. Zum Zwecke der Regulierung des Kriegsanleihemarktes hat sich unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein Konsortium gebildet, zu welchem außer der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, den in ihren Verbänden zusammengeschlossenen öffentlich rechtlichen Banken und dem Verbande der Girozentrale der deutschen Sparkassen die großen Banken und Bankhäuser sowie überhaupt nahezu alle bedeutenderen deutschen Bankfirmen zur Mitwirkung eingeladen sind. Das Konsortium soll in Erfüllung der Erklärungen, welche seitens des Reichsbankpräsidenten im Laufe des Krieges wiederholt abgegeben worden sind, dafür sorgen, daß die Verkaufsmöglichkeit für die Kriegsanleihe auch dann erhalten bleibt, wenn infolge Wiederauffüllung der Warenlager oder aus anderem Grunde große Anleihebeträge in kurzer Zeit an den Markt kommen. In solchen Fällen soll es ungerechtfertigte und in den äußeren oder inneren Verhältnissen nicht begründete Kurssenkungen der Kriegsanleihe hintanhalten. Vor allem aber ist seine Bestimmung die ausgeworfenen Beträge wieder zu dauernder Anlage unterzubringen, um die Umwandlung konsolidierter in schwebende Schulden zu verhüten. Der große Umfang des möglicherweise in Frage kommenden Kapitals erfordert den Zusammenschluß eines entsprechenden finanzkräftigen Konsortiums. Die verfolgten Zwecke bringen es aber mit sich, daß nicht nur an eine vorübergehende Aktion gedacht ist und aus diesem Grunde für notwendig erachtet wurde, dem Konsortium ein in sich fester gefügtes Organ, nämlich eine Aktiengesellschaft, zur Seite zu stellen, welche den Namen „Reichsanleihe-Aktiengesellschaft" haben soll und für welche ein Aktienkapital von 400 Millionen Mark in Aussicht genommen ist.

Damit wird diese Gesellschaft die größte deutsche Aktiengesellschaft bilden und befähigt sein, auch für etwa erforderliche erhebliche Anleihekäufe die notwendigen Kredite sich zu verschaffen. Die Aktien der zu gründenden Aktiengesellschaft sollen kein Handelsobjekt bilden, bleiben vielmehr dauernd im Besitz des Konsortiums. Sie beziehen keine Dividende. Wie die Reichsbankdirektion die Leitung des Konsortiums in Händen hat, so wird es auch eines seiner Mitglieder in den Vorstand der Aktiengesellschaft entsenden, in deren Aufsichtsrat Reichsbankpräsident Havenstein den Vorsitz führen wird. Der gesamte Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft wird ehrenamtlich tätig sein. Obgleich bei der gegenwärtigen Lage des Marktes der Kriegsanleihen ein sofortiges Eingreifen des Konsortiums nicht in Frage kommt, auch [illegible] daran gedacht ist, auf eine Steigerung des Kurses oder auch nur auf ein starres Festhalten an dem jetzigen Kursniveau hinzuwirken, so wird man, um für alle Fälle gerüstet zu sein, voraussichtlich doch schon in der allernächsten Zeit die Gründung der Aktiengesellschaft vornehmen.

Deutsches Reich.

Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Textilindustrie.

Die Zwangsbewirtschaftung der Textilindustrie wird nach einem Antrag des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung ebenfalls zur Aufhebung empfohlen. Die Einfuhr der Rohstoffe soll freigegeben werden. Ein parlamentarischer Siebenerausschuß wird die Abwicklung der Geschäfte der Textilindustrie-Bewirtschaftungsgesellschaft übernehmen.

Bestrafung Dr. Ricklins durch die Franzosen.

Der frühere Präsident der elsaß-lothringischen zweiten Kammer, Dr. Ricklin, dem in Hoberdsweiler bei Kehl ein Zwangsquartier angewiesen worden ist, wurde von den Franzosen zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Dr. Ricklin verlangte nach der Ratifikation des Friedens mit Deutschland die Erlaubnis zur Rückkehr nach dem Elsaß, die ihm verweigert wurde. Bei der mündlichen Auseinandersetzung mit der französischen Behörde in Kehl soll sich Dr. Ricklin zu Beleidigungen haben hinreißen lassen, die das Gerichtsverfahren zur Folge hatten.

Dupont über die polnischen Erschießungen.

Kurz nach dem Eintreffen der polnischen Antwort auf den deutschen Protest gegen die Erschießung der beiden deutschen Grenzsoldaten ging bei der deutschen Waffenstillstandskommission ein Schreiben des Generals Dupont ein, wonach er keine Erklärung für die polnische Handlungsweise findet. Er entsende sofort einen Offizier nach Posen, um die Schriftstücke und ein Gutachten zu verlangen hinsichtlich der Sühne, welche diese Hinrichtung bedinge. Es wäre wünschenswert, daß die deutsche Regierung trotz ihrer berechtigten Empörung keine Repressalien androhe, wenigstens nicht vor der Rückkehr dieses Offiziers. Im übrigen erfahre er, daß die polnische Regierung im weitesten Maße mit der Freilassung der deutschen Geiseln begonnen habe.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190725/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Leder.

Weimar, 24. Juli. (W. T. B.) Der Ausschuß für Volkswirtschaft der Nationalversammlung hat auf Vorschlag Dr. Brauns, München Gladbach, entsprechend einem Antrage Dr. Hugo-Astor in der Lederbewirtschaftung folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Einfuhr von Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen, Schuhen und sonstigen Lederwaren ist freizugeben, desgleichen die Ausfuhr von Leder, Schuhen und Lederwaren. Bis auf weiteres ist die Einfuhr von Schuhen auf Gebrauchsschuhwerk zu beschränken. Derberes Schuhwerk darf nicht ausgeführt werden.

2. Die Zwangsbewirtschaftung für Häute, Felle, Gerbereiabfälle, Schuhe und sonstige Lederwaren ist aufzuheben, soweit in diesem Beschlusse nichts andres bestimmt ist.

3. Die im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen befindlichen Bestände an Häuten, Fellen, Leder, Gerbstoffen usw. sind an die bisherigen Bezugsberechtigten öffentlich zu verkaufen. Der daraus erzielte Gewinn ist zu billigerer Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhzeug zu verwenden. Die noch im Besitz der amtlichen Verteilungsorganisationen aber zur Verteilung an das Handwerk bestimmten Lederbestände sind zu niedrigen Höchstpreisen zu verteilen.

4. Die an der Lederzwangswirtschaft beteiligten Wirtschaftsstellen haben von dem sich ergebenden Konjunkturgewinn 60 Prozent zur Verbilligung des Schuhzeugs der minderbemittelten Bevölkerung abzuführen.

5. Die Regierung zu ersuchen, dem Volkswirtschaftsausschuß alsbald eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zur Durchführung der obigen Entschließung vorzulegen.

Mit diesem Beschluß ist die Zwangswirtschaft in Leder aufgehoben. Es wird nur noch eine gewisse Kontrolle über Ein- und Ausfuhr eine Zeitlang bestehen bleiben.

Grundsätzliche Annahme der Zündwarensteuer im Ausschuß.

Weimar, 24. Juli. Im zwölften Ausschuß der Nationalversammlung ersuchte der Reichsminister Erzberger schon heute um eine Entscheidung über die Monopolfrage, damit danach das Ministerium arbeiten könne, sobald festgestellt sei, welche Mehrheit für ein Monopol da sein werde. Die Steuern im September erst zu erledigen, sei ganz unnötig. Die Steuern müßten bis zum 30. August spätestens fertig sein, damit die Einsetzung der Finanzämter vorbereitet werden könne, sonst breche am 1. August das ganze System in Deutschland zusammen, da man die bisherigen Behörden auflöste. Darauf wird ein Antrag Nacker (Zentr.), Einführung des Monopols bis spätestens 31. März 1921, mit 17 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 11 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und des Abg. Laukant (U. Soz.) angenommen.

Ein Tumultschädengesetz. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Entschädigungen für durch innere Unruhen verursachte Schäden zum Gegenstande hat. Nach dem Entwurf ist ein Ersatzanspruch nur gegeben, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betreffenden gefährdet worden ist.

Ausland.

Frankreich.

Keine Intervention in Rußland und Ungarn.

Die Deutsche Allg. Ztg. meldet: Clemenceau gab am Freitag Arbeiterführern gegenüber die Erklärung ab, daß Frankreich weder in Rußland noch in Ungarn zu intervenieren beabsichtige. Es habe nur noch ein oder zwei Bataillone im Etappengebiete der Armee Koltschak stehen. Alle Truppentransporte und Munitionszufuhren, die heute nach Ungarn gehen, stammen von englischer Seite.

Ungarn.

Eine rumänische Niederlage.

Budapest, 24. Juli. Der Armeekommandant Eugen Landler teilt in einem Telegramm an den Vorsitzenden des revolutionären regierenden Rates über die Kämpfe gegen die Rumänen u. a. mit: Die Rumänen setzten dem Uebergang unsrer Truppen über die Theiß an den meisten Stellen hartnäckigen Widerstand entgegen. Der Ansturm unsrer Truppen brach jedoch überall die Kraft des Feindes. Wir haben große Beute gemacht, darunter etwa 200 Eisenbahnwaggons und viel sonstiges Eisenbahnmaterial, 15 Kanonen und sehr viele Maschinengewehre.

Amerika.

Gesetz gegen den Alkohol.

Neuyork, 24. Juli. Das Repräsentantenhaus hat mit 387 gegen 100 Stimmen das Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch angenommen. Das Gesetz ist so weitgehend, daß man glaubt, es werde den Handel mit alkoholhaltigen Getränken vollständig unterdrücken. Die Vorlage geht jetzt an den Senat.

Der Neuring-Prozeß.

(Fortsetzung.)

Von dem Angeklagten Thamm, der bei dem Kratwall vor dem Polizeigebäude am 10. Januar das rechte Bein verloren hat, sagt der Gerichtsarzt Dr. Oppe, daß er sich in ständig verbitterter Erregung befinde, die bei der geringsten Kleinigkeit hoch emporlodere; er stehe den bestehenden Verhältnissen mißtrauisch gegenüber. Es liegt erbliche Belastung vor, beide Eltern haben durch Selbstmord geendet. Thamm sei hauptsächlich an den Vorgängen durch die Muse beteiligt: In die Elbe mit ihm! Für diese Art der strafbaren Handlung halte er ihn nicht verantwortlich, doch bei seiner hochgradigen Erregung, in der er sich wahrscheinlich befunden haben wird, eine freie Willensbestimmung nicht mehr vorhanden war; diese hochgradige Erregung komme, vom psychiatrischen Standpunkte, der geistigen Unzurechnungsfähigkeit gleich. Auf Befragen des Verteidigers Dr. Glaser, ob er für die Anwendbarkeit des § 51 des Strafgesetzbuchs auch eintrete, wenn Thamm bei den Musen programmäßig gehandelt hätte, gibt der Sachverständige eine verneinende Antwort.

Die Verteidigung beantragt die Haftentlassung des Angeklagten Thamm. Das Gericht wird später darüber entscheiden.

Zeuge Tschigantsch erkennt in dem Angeklagten Allner den Soldaten wieder, der zu andern Personen gesagt hat:

Ich habe den Minister mit in die Elbe geschmissen!

Ein Urteil darüber, ob es Ernst oder Prahlerei war, kann sich Zeuge nicht bilden.

Es wird dann nochmals der Zeuge Hahn, der gestern bekundet hat, daß Pietzsch, Gottlöber und Bartzsch den Minister in die Höhe gehoben haben, vorgerufen und von der Verteidigung, insbesondere vom Rechtsanwalt Dr. Glaser, in ein neues langandauerndes Kreuzverhör genommen. Sein Endeffekt darin besteht, daß der Zeuge im wesentlichen seine frühere Aussage aufrechterhält.

Vors.: Wenn

dieses Verfahren der Verteidigung

fortgesetzt wird, die Zeugen jeden Tag von neuem ausführlich zu vernehmen, dann wird die Verhandlung noch vier Wochen währen.

Ein Geschworener: Ich bin, wenn das so weiter geht, nicht mehr in der Lage, das gesundheitlich zu ertragen.

Vors.: Ja ich bin hier machtlos, mir wird ja schon von der Verteidigung der Vorwurf gemacht, daß ich es an der erforderlichen Objektivität fehlen lasse.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht bemerkt, daß es sich bei dem Zeugen Hahn um eine Ausnahme gehandelt habe, so daß daraus keine Schlußfolgerungen zu ziehen seien.

* * *

Die Nachmittagssitzung beginnt mit der Verkündung des Gerichtsbeschlusses:

Der Zeuge Musch bleibt unvereidigt,

weil das Gericht auf Grund des Sachverständigen Erachtens in Verbindung mit dem persönlichen Eindruck, den M. bei seiner Vernehmung gemacht hat, der Ueberzeugung ist, daß dieser Zeuge vom Wesen und von der Bedeutung des Eides keine Ahnung hat.

Es wird in die Vernehmung der von der Verteidigung benannten

Entlastungszeugen

eingetreten. Frau Brand will den Angeklagten Heynemann etwa um 4¼ Uhr auf der Görlitzer Straße (ungefähr 20 Minuten Entfernung von der Mordstelle) gesehen haben. — Zeuge Friedrich behauptet, den Angeklagten Gottlöber gegen 3¾ Uhr auf der Querfasse zwischen Taschenbergpalais und Kleine Brüdergasse gesehen zu haben. Gottlöber habe zu ihm gesagt: Ich bin froh, daß ich fort bin (vom Blockhause). — Die Witwe Gengler hat an die Braut des Gottlöber ein Zimmer vermietet. In der fünften Stunde sei Gottlöber in ihre Küche gekommen; er habe seine Braut besucht und ein ruhiges Verhalten gezeigt. — Frau Heynemann gibt an, ihr Mann sei 10 Minuten nach 4 Uhr nach Hause gekommen und bis gegen 5 Uhr dort geblieben. — Bäcker Hilger hat Gottlöber in der vierten Stunde auf der Friedrich-August-Brücke gesehen, also noch vor der Mordtat. — Schlosser Kirchstein will Heynemann kurz vor 4 Uhr auf der Görlitzer Straße gesehen haben. — Die Kontrolleurin Kratochill hatte in der fünften Stunde mit dem Angeklagten Becker. Sie will sich in der Verhältnis mit dem Angeklagten Becker. Sie will sich in der fünften Stunde mit ihm längere Zeit Ecke Hauptstraße und Altmarktgäßchen unterhalten haben. Becker hat ihr am Abend erzählt, daß er es übernommen habe den Spartakisten im Blockhause Lebensmittel und Munition zuzutragen.

Der Invalid Lantzsch will den Angeklagten Becker im Grundstücke Leipziger Straße 208, wo dessen Eltern wohnen, am Mordtage von ungefähr 1½ bis etwa 3¼ Uhr gesehen haben.

Die Mutter Lewinsohn

bekundet, daß Heynemann zwischen 4 und 4½ Uhr in ihrer Wohnung gewesen sei; er wollte nach dem Neustädter Bahnhofe und erzählte, er habe gehört, daß drinnen Schlägerei sei.

Der Vorsitzende will die Zeugin, die selbst verhaftet gewesen ist, unvereidigt lassen, weil sie der Beteiligung an der Tat (Waffenhandel) verdächtig erscheint. Die Voruntersuchung ist seinerzeit nicht weitergeführt worden, weil der ministerielle Gnadenerlaß dazwischen kam. Die Verteidigung widerspricht und beantragt die Vereidigung. Der Vorsitzende stellt fest, daß gegen die Zeugin am 14. April die Voruntersuchung wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuchs (öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze) eröffnet worden ist. Das Verfahren ist wegen des Amnestieerlasses niedergeschlagen worden. Die Zeugin wird vereidigt, weil die Tat, die zur Aburteilung steht, nicht mit der Tat in Verbindung stehe, wegen deren die Zeugin in Voruntersuchung genommen wurde.

Die Braut des Angeklagten Gottlöber

erklärt, Gottlöber habe sich von nach 4½ Uhr, spätestens 4¾ Uhr bis gegen 9 Uhr abends bei ihr aufgehalten.

Zeuge Ockert hat gegen 5 Uhr Heynemann auf dem Neustädter Markte gesehen. Er soll zur Ruhe ermahnt und vor Unbesonnenheiten gewarnt haben. Man sollte erst die Parole der kommunistischen Parteileitung abwarten.

Eine dramatische Szene.

Eine der nächsten Zeuginnen ist ein Fräulein Cornelius. Diese Zeugin, eine Belgierin, die nur mangelhaft der deutschen Sprache mächtig ist, hat die Ereignisse auf der Brücke ziemlich genau beobachtet und bezeichnet auf das allerbestimmteste unter atemloser Spannung den noch im Saale befindlichen Zeugen Musch als denjenigen, der, als die wütende Menge den Minister in die Elbe werfen wollte, auf die Leute noch gehetzt habe, daß sie dem Minister das Leben nehmen sollten. Am folgenden Tage (Sonntag), gegen 10 Uhr morgens, hat sie denselben Herrn wieder gesehen, wie er die am Blockhause befindlichen Leute wieder aufhetzte, daß sie noch mehr tun sollten. Die Zeugin erzählt weiter, daß ein großer Soldat mit weißem Schal von der Brücke auf den Minister geschossen hat. Eine wildgewordene Frau habe auf der Brücke mit der Gutmedel auf den Minister eingestochen. Von den Angeklagten erkennt Zeugin keinen als Beteiligten.

Der 27 Jahre alte Zeuge Heck ist gegen 8 Uhr ins Blockhaus gegangen; er hatte dort nichts zu tun, die Neugierde trieb ihn hin. Er bekannte sich zur Kommunistischen Partei und wurde darauf ohne weiteres in die Neunerkommission, die mit der Regierung verhandeln sollte, gewählt. Auf den Zeugen Wölfel, der bekanntlich eine Zeitlang die Neunerkommission führte, vermag sich dieser Zeuge nicht mehr zu besinnen.

Zeuge Heck ist beschuldigt gewesen im Auto vom Arsenal Waffen geholt zu haben.

Zeuge Bäckermeister Grosche sagt, Gottlöber sei einer seiner besten Lehrlinge gewesen.

Der Grenzschutzsoldat Jochen hat den Angeklagten Gottlöber, den er schon lange kennt, in dem Augenblicke auf der Brücke zwischen dem zweiten und dritten Pfeiler (von der Neustädter Seite) gesehen, als der Minister vorbeigeschleppt wurde; er hatte ein Gewehr umgehängt. Dabei bleibt auch der Zeuge, nachdem ihm vorgehalten wird, daß andre Zeugen den Gottlöber zur selben Zeit ganz wo anders gesehen haben wollen.

Zeuge Bettelmann war in der Expedition des „Kommunisten" auf der Breite Straße beschäftigt. Eines Tages erschien dort der Zeuge Musch und erzählte, daß er soeben im Finanzministerium gewesen sei; er hätte den Finanzminister Nitzsche erschießen wollen, aber die Situation sei nicht günstig gewesen. Musch habe auch einen Artikel zur Aufnahme in das Kommunistenblatt mitgebracht, Zeuge hat ihn aber zurückgewiesen, weil er zu scharf gehalten war. Musch befand sich in großer Erregung. Zeuge sagt: Ich erkannte sofort wes Geistes Kind er war, er erschien mir als eine Art Provokateur.

Zeuge Jentzsch berichtet, daß Musch in der Neunerkommission gesagt hat: Wir müssen darauf hinarbeiten, daß wir die Regierung doch herunterbekommen! Dem Zeugen kam Musch verdächtig vor; er teilte seine Meinung seinem Gesinnungsgenossen Winkler, Birna, mit, worauf Musch festgenommen und erst am andern Morgen wieder freigelassen wurde. Zeuge Jentzsch erzählt weiter, daß Musch ihm im Blockhause ein Schriftstück gezeigt habe, das auch Anklagen gegen den Ministerpräsidenten und den Justizminister enthielt. Dabei sagte Musch: Deren Stunden sind gezählt! und zur Bekräftigung dessen zog er einen Revolver aus der Hosentasche.

Ein andrer Zeuge, Nickel, der ebenfalls Kommunist ist, bekundet, daß Musch in einer Versammlung der Kommunisten in Mügeln am 14. April erklärt hat: Ihr seid gar keine richtigen Kommunisten, sondern alte Weiber. Wäret ihr den Dresdnern zur Hilfe gekommen, so hätten wir schon lange die Räterepublik in Sachsen. In Dresden habe ich die Sache ganz allein gemacht!

Der Staatsanwalt läßt nunmehr den Zeugen Musch vollständig fallen.

Auf die Vernehmung des verhafteten Willi Lewinsohn wird verzichtet.

Sämtliche Anträge auf Haftentlassung der Angeklagten werden, soweit sie gestellt sind, von der Verteidigung zurückgezogen.

Gegen 6½ Uhr abends wird die Verhandlung auf Freitag früh 9 Uhr vertagt.

or. Dresden, 25. Juli.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt. Nach der Vernehmung des Zeugen Major Pangrath, der aber nichts Wesentliches bekundet, kommt es zu einem Zwischenfall. Es tritt nämlich der Zeuge Mühle vor und behauptet

eine unzulässige Beeinflussung des Zeugen Hahn durch den Verteidiger Dr. Glaser.

Danach soll Dr. Glaser gestern im Zeugenzimmer zum Zeugen Hahn, der bekanntlich den Angeklagten Gottlöber schwer belastet hat, gesagt haben: Sagen Sie doch, Gottlöber hat den Minister nicht hineingestoßen, sondern hat ihn zurückreißen wollen, dann ist der Prozeß für mich gewonnen!

Es melden sich darauf die Zeugen Lade, Lange und Jentzsch, die die Unterhaltung des Verteidigers bestätigen, aber einen etwas andern Wortlaut der Aeußerung Dr. Glasers wiedergeben.

Rechtsanwalt Dr. Glaser beantragt seine Vernehmung als Zeuge; er werde seine Verteidigervollmacht so lange niederlegen und seinem Kollegen Liebknecht übertragen.

Vors.: Es führt jedenfalls zu außerordentlichen Unzuträglichkeiten, wenn die Verteidigung außerhalb des Sitzungssaales mit Belastungszeugen in Verbindung tritt. Ich frage den Rechtsanwalt Liebknecht, ob sich die Sache nicht umgehen lasse.

Rechtsanwalt Liebknecht: Im Interesse einer restlosen Klarstellung der Sache bitte ich um Vernehmung des Rechtsanwalts Dr. Glaser.

Vors.: Es besteht aber noch das Bedenken der Verteidigung Dr. Glasers, da möglicherweise eine strafbare Begünstigung des Angeklagten Gottlöber in Frage kommen könne.

Schließlich wird aber doch der

Verteidiger Dr. Glaser als Zeuge

vernommen. Die Verteidigung wird zunächst ausgesetzt.

Dr. Glaser bekundet: In der gestrigen Pause sei der Zeuge Mühle an ihn herangetreten und habe ihm eine große Photographie von der Friedrich-August-Brücke gezeigt mit dem Bemerken, er solle sie sich mal ansehen. Da Zeuge am Tage zuvor mit Liebknecht sich die Absturzstelle angesehen gehabt hätte, sei er mit Mühle ins Zeugenzimmer gegangen und habe sich dort auf die Bank gesetzt. In diesem Augenblicke habe er Herrn Hahn erblickt und ihm zugerufen: Kommen Sie doch mal her und zeigen Sie mal, von welcher Stelle Sie den Vorgang beobachtet haben wollen. Zeuge Hahn habe die Stelle gezeigt und dabei noch bemerkt, er hätte sich über die Brückenmauer gebeugt, um den Absturz beobachten zu können. Gottlöber habe die Hand am Rücken gehabt, ob er den Minister habe heben oder zurückziehen wollen, könne er (Zeuge Hahn) aber nicht sagen. Darauf habe er (Glaser) entgegnet: Donnerwetter, warum haben Sie das nicht in der Verhandlung gesagt, davon hängt doch totsicher viel ab. Menschenkind, das gehört doch zur Zeugenaussage. Sie müssen sich nochmals melden! Da Zeuge dies nicht getan, habe er (Glaser) sich für verpflichtet gehalten, die Sache in der Verhandlung zur Sprache zu bringen. Er habe aber nicht gesagt: Davon hängt doch ab, ob ich den Prozeß gewinne. So kindisch bin ich nicht.

Vors.: Das ist aber ganz was andres, was die Zeugen sagen. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine Begünstigung des Gottlöber vorliegen kann, ihn der verdienten Strafe zu entziehen. Jedenfalls ist es im höchsten Grade unzulässig, daß Sie sich als Verteidiger, wo Sie wissen, daß dies unzulässig ist, außerhalb des Sitzungssaales mit Zeugen eingelassen haben.

Zeuge Mühle tritt wieder vor und sagt: Ich bleibe dabei, daß Dr. Glaser zu mir gesagt hat: Gehen Sie rein und sagen Sie das, dann habe ich den Prozeß gewonnen.

Dr. Glaser: Ich halte es für ausgeschlossen, daß ich diese Aeußerung getan habe.

Ein andrer Zeuge will dem Vorgang im Zeugenzimmer beigewohnt haben und bestätigt die Darstellung Dr. Glasers.

Hierauf meldet sich ein weiterer Zeuge, der im Gegensatz zu dem vorigen bekundet, Dr. Glaser habe zum Zeugen Hahn im Zeugenzimmer gesagt: Menschenkind, hätten Sie das drinnen gesagt, dann war der Prozeß für mich gewonnen!

Zeuge Hahn bestreitet, gesagt zu haben, er wisse nicht ob Gottlöber mit der rechten Hand gehoben oder geschoben oder ob er den Minister habe zurückziehen wollen; er (Zeuge) halte sein Zeugnis aufrecht.

Verteidiger Liebknecht beantragt die Vernehmung des Redakteurs Müller-Grim, der gestern an der Straßenbahnhaltestelle von Personen, die das Gerichtsgebäude verlassen hatten, gehört haben will, wie man sagte: Auf den Rechtsanwalt Glaser müssen wir aufpassen, den wollen wir eins ans Bein hängen!

Rechtsanwalt Jobel bemerkt, es sei für die Verteidiger oft recht schwer, sich immer der Zeugen, die sich mitunter förmlich aufdrängten, zu erwehren.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet dann den Beschluß: Wenn es auch unzulässig war, daß der Verteidiger Dr. Glaser außerhalb des Sitzungssaales in Verkehr mit Zeugen trat, so erscheint er doch der wissentlichen Begünstigung des Angeklagten Gottlöber nicht verdächtig. Das Gericht hat deshalb seine Vereidigung beschlossen.

Das Gericht will darauf Dr. Glaser vereidigen.

Zeuge Dr. Glaser bemerkt, er möchte noch etwas sagen. Es handle sich darum, ob er, die Wendung gebraucht habe, „dann habe ich den Prozeß gewonnen". Er erkläre, daß er eine derartige Aeußerung für geschmacklos halte und sich nicht zutraue, daß er sie gebraucht habe, er könne sich auch nicht erinnern, sie getan zu haben. Indessen wolle er nicht sagen, daß er nicht auch einmal geschmacklos sein könne, und halte es deshalb nicht für ganz ausgeschlossen, daß er die geschmacklose Aeußerung doch gebraucht habe. Er erkläre aber noch, daß der Zeuge Hahn seine Bemerkung, er könne nicht genau sagen, ob Gottlöber den Minister gehoben oder zurückziehen habe wollen, ganz spontan getan habe.

Der Zeuge Dr. Glaser wird darauf vereidigt und nimmt nun wieder am Verteidigertische Platz.

(Die Verhandlungen dauern bei Redaktionsschluß fort.)

Zum Konflikt im Berliner Postwesen.

Die Zentralleitung des Bundes der Telegraphenarbeiter hat sich telegraphisch an die Oberpostdirektion und den Reichspostminister gewandt und um Rücknahme der Entlassungen ersucht. Wie in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Telegraphenarbeiter mitgeteilt wurde, hat Reichspostminister Giesberts geantwortet:

„Streik der Telegraphenarbeiter ist ein Verbrechen an den Interessen des Volkes und der Republik. Streik ist begonnen ohne Verhandlungen und daher Kontraktbruch. Entlassungen daher gerechtfertigt. Für Verhandlungen ist Oberpostdirektion zuständig. Wegen Gefährdung des Fernsprechdienstes durch Sabotage sind Polizeipräsident und Reichswehr benachrichtigt."

Der Sekretär des Bundes der Telegraphenarbeiter drohte unter Zustimmung der Versammlung mit dem Generalstreik, falls die Entlassungen nicht zurückgenommen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190725/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Kreis, Bezirk Neustadt

Freitag den 25. Juli, abends 8 Uhr, in der Reichskrone

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Wer trägt in Deutschland die Schuld an den harten Friedensbedingungen?

Referent: Genosse **Frästdorf.** **Freie Aussprache.** [i413

Männer und Frauen! Erscheint massenhaft, es gilt, die politische Lage klar zu übersehen. **Der Einberufer.**

Sitzung des Landesarbeiterrats des Freistaates Sachsen

Freitag den 1. August 1919, mittags 1 Uhr im Sitzungssaale der 1. Ständekammer, Dresden.

Tagesordnung:

1. Beratung und Beschlußfassung über den Organisationsentwurf.
2. Die Aufgaben des Vollzugsausschusses und Beschlußfassung dazu.
3. Ergänzungswahlen des Vollzugsausschusses.
4. Mitteilungen.

Der Vollzugsausschuß des Landesrats.
J. V.: Engert. [i1

Konsumverein Vorwärts

für Dresden und Umgebung.

Unsern geehrten Mitgliedern von Striesen, Tolkewitz, Alt- und Neugruna zur gefl. Kenntnis, daß

Sonnabend den 26. Juli
Markgraf-Heinrich-Straße 31,

für unsre Mitglieder von Löbtau, Cotta, Naußlitz und Niedergorbitz [i 367

Montag den 28. Juli
Kesselsdorfer Straße 22

der letzte Tag der Markenabgabe ist.

Der Vorstand.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Ortsgruppe Dresden :: Bezirk Löbtau, Cotta und Plauen.

Das am 13. Juli ausgefallene

Sommer-Fest

verbunden mit Gartenkonzert, Gabenverlosung, Vogelschießen, Ball und vielen andern Ueberraschungen findet **Sonnabend den 26. Juli, nachmittags 3½ Uhr im Gasthof Wölfnitz** statt. — Eintritt für die Mitglieder und deren Angehörige 20 Pf. Kinder in Begleitung Erwachsener frei. [w 231

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer.

Verein Volksgesundheit Dresden-N. u. Umgegend

Sonntag den 27. Juli, nachmittags 4 Uhr

Gemütl. Familien-Tanzabend

im Erbgericht zu Räcknitz. D. V. [i517

Z.-Kr. u. St.-K. d. Tabakarbeiter Deutschl.

Montag den 28. Juli, abends 7 Uhr im Restaurant zum Kuckuck, Helgolandstraße [w 262

Mitglieder-Versammlung.

1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Delegierten.

Kraftsportverein Sandow, Dresden

Ringkampf und Gewichtsheben

Sonnabend, 26. Juli, werden im Ballhaus, Bautzner Str. 35, die Sandowmeisterschaften ausgetragen verbunden mit

Sommernachts-Ball.

Anfang 5½ Uhr. — Eintritt 50 Pf. [b 2049

Turmhaus, Cotta.

Sonntag den 27. Juli von vormittags 11 Uhr an **Preis-Serien-Skatturnier m. Zahlenreiz.**

Skatklub „Fettlos“. [b 2048

Frauenschutz

für Damen u. Herren (gegen Ansteckung) sowie **Mutterspritzen, sämtliche Frauenartikel** kauft man ungeniert (Damenbedienung separat! — Eingang separat). Auskunft wird erteilt nur im [w 52 r

Versandhaus Freiberger Platz 8.

Extra-Angebot!

1 Posten Hemdenbarchent grau/rot gestr., haltbare Ware, 130 cm breit . . . . Meter **8.75**

1 Posten Burschenhemden grau, extra starke Qual. Gr. 85 und 90 cm, Stück **15.90**

1 Posten Herrenhemden extra schwere Trikot-Qualität Gr. 5, Stück 24.75, Gr. 4 **23.75**

Martin Liegner
Dresden-Löbtau
Freiberger Str. 121 [b 2061] an der Bismarckbrücke

Geld-Darlehen Vorschuß-Schwindel

Sobald der Geldbriefträger Ihren Vorschuß ausgezahlt hat, ist Ihre Sache erledigt, alles übrige sind vorgedruckte Briefe.

Zahlt keinen Vorschuß

lassen Sie sich nicht irre führen durch Listen über ausgezahlte Darlehen — — — —

Auf ca. 1000 eingezahlte Vorschüsse der Darlehenssuchenden à 10 bis 15 M., teilweise bis 50 M., welche also ca. 20 000 M. einbringen, erhalten ein bis zwei Personen gegen absolute sichere Bürgschaft eine Kleinigkeit als Darlehen, also aus den Vorschußeinnahmen — — — — — — — — eventuell zur Reklame und zur Irreführung in dieser Serie ein Darlehen ohne Bürgen. — —

Diese Leute verdienen hierdurch jährlich ca. 100000 M. (Einhunderttausend Mark) und nehmen skrupellos den Aermsten der Armen die letzten Groschen ab! — — —

Hiermit warnen wir alle **Schlepper der Vorschuß-Darlehens-Schwindel-Firmen**, den Armen durch den Krieg in Not Geratenen weiter Geld abzuschwindeln. Sie machen sich ebenfalls des wissentlichen Betruges schuldig und bringen wir sämtliche Fälle zur Anzeige.

Wer sich betrogen fühlt,

sende uns das Material ein, wir werden dasselbe den behördlichen Stellen vorlegen und versuchen, daß Ihnen der Vorschuß zurückgezahlt wird, mit welchem sich diese Leute zu Unrecht bereichern. —

Unkosten entstehen für Sie nicht.

Anfragen unter **H. 7711 F** an Haasenstein & Vogler A.-G. Breslau. [i249

Frauen

verlangen Sie bei Ihrem Apotheker oder Drogisten bei Störungen die allein echten, seit Jahren weit und breit bekannten

Frebartropfen

Erste u. älteste Marke der Welt!
Hüten Sie sich vor minderwertigen Nachahmungen. Engros-Niederlage bei den bekannten Großfirmen. [i 273

Zeitungsausträgerin

für Räcknitz, Zschertnitz, Mockritz und Gostritz gesucht. Zu melden von 6—7 Uhr abends bei **Jährig, Kaitz,** Leubnitzer Straße 24.

Einige tüchtige

Maschinenformer

sofort gesucht.
A.-G. vorm. Seidel & Naumann, Dresden, Abteilung Heidenau. [i147

Zwei tüchtige, selbständige [i293

Metallformer

sucht
Jen. Aktien-Gesellschaft, Betriebsstelle Reick.

Saubere Aufwartung

für Privathaushalt für die Morgenstunden per sofort gesucht. Zinderat **Ahlheim,** Schumelstraße 14, part. [b 2044

Wir suchen einen

Obermonteur

mit praktischen Erfahrungen im

Freileitungsbau

nach dem Weitspannsystem, für Spannungen bis 100 000 Volt. Angebote mit Angabe der Aufgabe und des Eintrittstermins an

Siemens-Schuckertwerke
Techn. Bureau, Dresden-A., Prager Str. 6, II. [i672

Walzenriffler

stellen sofort ein **Gebr. Große,** Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt, **Lohmen i. Sa.** [i211

Glasschneiderin

zu sofortigem Antritt gesucht. Gabelsbergerstr. 15 (Hinterh.).

Selbständ. Mechaniker

für Nähmaschinen u. Schreibmaschinen sof. gesucht. Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüche an **Friedr. Steuber, Siegen** (Westfalen), Sandstraße 1. [i213

Tüchtige Möbeltischler

gesucht.
Gerischer & Kunte Möbelfabrik [i211
Dresden-Reick, Gaußstraße 15.

Gas- Kocher, Heizöfen, Plätten alle Arten noch lieferbar.
Lampen für Gas, Elektr. u. Spiritus in schön. Ausw. bei. preisw.
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Zentraltheater-Passage.

Krawatten
neueste Modeschöpfung. Selbstbinder 27.— bis 7.50
Gestrickte Binder
eignen sich besonders für Doppelkragen
[i 221] 22.— bis 12.50

Kamerhuis

31 Prager Straße 31 Herren-Artikel

Auf Kredit und gegen bar.

Möbel!
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Küchen
[w 182
Ausstattungen
sowie
einzelne Möbel

S. Sachs
11, I. Neumarkt 11, I.

Bekanntmachung

für Arbeitgeber, die Ersatzkassenmitglieder beschäftigen, deren Rechte und Pflichten nach § 517 der Reichsversicherungsordnung ruhen.

Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung hat durch das Gesetz vom 28. Juni 1919, in Kraft getreten am 29. Juni 1919, folgende Bestimmungen getroffen:

§ 18.

„Ersatzkassen, für die auf Grund des § 518 der Reichsversicherungsordnung eine Anordnung über die Abführung von Beitragsteilen der Arbeitgeber erlassen worden ist, haben für versicherungspflichtige Mitglieder, deren Rechte und Pflichten bei der Krankenkasse nach § 517 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung ruhen, Anspruch auf den halben Beitragsteil des Arbeitgebers. Der Arbeitgeber hat den Beitragsteil statt an die Krankenkasse unmittelbar an die Ersatzkasse einzuzahlen.“

Diese Bestimmungen beziehen sich nur auf diejenigen **Ersatzkassen**, denen nach § 518 der Reichsversicherungsordnung das Recht zugesprochen war, ⅓ von demjenigen Beitragsteil zu erhalten, den der **Arbeitgeber** an die Krankenkasse einzuzahlen hat. Sie gelten aber nicht für Ersatzkassen, denen die Ueberzahlung von Beitragsteilen nicht zugebilligt war. Für Mitglieder solcher **Ersatzkassen ist nach wie vor das Beitragsdrittel** des Arbeitgebers an die Krankenkasse abzuführen.

Die Pflicht der Arbeitgeber, die Ersatzkassenmitglieder bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse an- und abzumelden, **bleibt wegen Feststellung des Ruhens der Rechte und Pflichten** der Ersatzkassenmitglieder **und wegen der eventuell nötigen Heranziehung zur** Invalidenversicherung bestehen.

Die **Arbeitgeber** haben daher alle versicherungspflichtigen Personen, die einer Ersatzkasse angehören, innerhalb drei Tagen an- und abzumelden; Meldeversäumnisse werden nach § 530 der Reichsversicherungsordnung geahndet. Die Stellung des Antrags auf Ruhen der Rechte und Pflichten nach § 517 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung hat durch das **Mitglied der Ersatzkasse, nicht durch den Arbeitgeber** zu erfolgen, sofern nicht die Ersatzkasse nach § 519 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung ermächtigt worden ist, den Antrag statt des versicherungspflichtigen Ersatzkassenmitglieds zu stellen. Bei Stellung des Antrags auf Ruhen der Rechte und Pflichten durch das Mitglied ist die Zugehörigkeit zur Ersatzkasse nachzuweisen.

Dresden, am 21. Juli 1919.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Dresden.
Fräßdorf, Vorsitzender. [i181

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Sonnabend den 26. Juli 1919, abends 7 Uhr

Quartals-Versammlung

im großen Saale des **Dresdner Volkshauses,** Ritzenbergstraße 2.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Halbjahr 1919.
2. Ergänzungswahlen der Verwaltung und des Kartells.
3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. Die Vertrauensleute werden aufgefordert, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß der Versammlungsbesuch ein recht guter wird. [i455

Die Verwaltung. J. A.: Otto Grafe.

Grösste Spezial-Fabrik für erstklassige Berufs-Kleidung **Oscar Bialla** Dresden, ...gasse 11

Sch... Mäntel
Sch... Anzüge
Arbeits-Hemden
Arbeits-Hosen
Maschinisten-Anzüge
Arbeits-Schürzen
Kessel-Anzüge
Bäcker-Jacken
usw. [i134

Zweiggeschäft:
Wettinerstr. 19.

Annähfüße
pr. Baumwolle.
Annähen auf einer Spezialmaschine gratis.
Glatte Damenstrümpfe
mit Doppelsohle, Paar 7.50 M.
H. Richter
eigene Strumpffabrik
Rosenstraße 47 I
Ecke Ammonstraße.
Linien 26, 21, 15, 7, 18. [b 1986

Schneider-Nähmaschinen
sofort lieferbar
Karl Winkler G. m. b. H.
Hauptniederl. Seidel & Naumann
Struvestraße 9
König-Johann-Str. 19
Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Sommersprossen ... Lauko ...
Flasche 2.25 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken u. Drogerien z. haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Meerbaum, Hannover.

Wer verkauft
Ein- oder Zwei-Familienhaus in Gittersee?
Angebote unter **K. H. 10** an die Expedition d. Blat. erbet. [w311

Frauen

empfehle ich mein neuestes Schutzmittel und alle Bedarfsartikel. [b 1980
Monatsstörungen in bekannter Güte
Frau Jentzsch. Kohlsdorfer Straße 60, II.

Auf Kredit
Möbel
Schlafzimmer,
Kompl. Küchen,
einz. Schränke, Vertikos,
Sofas, Betten etc.
KONFEKTION
Walter Seitz, Wettiner Str. 15 I

Junge Gänse
6 Stück, 7.—12 Pfd. schwer, verkauft billigst **Moß, Briesnitz,** Bismarckstraße 2. [w 151

ff. Wermut
½ Liter M. 3.10 mit Steuer, verk. **A. Gneuß,** Dornblüthstr. 3, part.

Besonders preiswert!
Röcke, weiße und bunte Blusen, Wettermäntel, Kostüme [b 1738
Rosenbaum, Walterstr. 2, I.

Einkochapparate
mit Gläser und Federn für 6 Gläser von 22 Mark
Einkochgläser
mundgeblasen, sehr preisw.
Otto Graichen
Trompeterstraße 15
Zentraltheater-Passage.

Zahnarzt Homilius

Dürerplatz 8, I. Telephon 27 570

von der Reise zurück! [i 288

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgange unsres lieben Entschlafenen

Karl August Baumann

sagen wir hierdurch allen, die ihre Teilnahme durch Wort, Schrift, herrlichen Blumenschmuck und zahlreiches Geleit bekundeten, den **herzlichsten Dank.**

Besonderen Dank seinen werten Arbeitskollegen der Brauerei Feldschlößchen, den lieben Hausbewohnern sowie Herrn Pfarrer Waurius für die trostreichen Worte am Grabe.

Dresden-Pieschen, Leipziger Straße 21, 2.
[w 307] **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Hühneraugen, Ballen, Hornhaut, Warzen werden schmerzlos, sicher und schnell beseitigt durch **„Blitz“-Hühneraugenmalbe** Tube 2 M.
Fabrikant u. Vertrieb: Apotheker **Wilhelm Draessel,** Leubnitz. Zu haben in der Stern-Apotheke, Dresden-Löbtau, Kesselsdorfer Straße 8.

Mittwoch abend verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsre gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau Anna Wahl

geb. Dietzmann.

Dies zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme [b 2060

Dresden, den 24. Juli 1919.

Ewald Wahl
und Kinder nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 27. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Trinitatisfriedhofes aus statt.

Gummiwaren
Wilhelm Reusinger
Am See 37

Mantelkleid
Gardinen, Tischtuch, Bettwäsche, Handtücher verkauft Reißer, Al. Kirchgasse 5, II. [i 180

Bettwäsche
Tafeltücher, Gebett Federbetten, Tischdecken, Gardinen, Kleider, Blusen u. verschiedene billig abzugeben ... Straße 4, part. ...

Sächsische Angelegenheiten.

Der Stand des sächsischen Arbeitsmarktes.

Nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung war die Lage des Arbeitsmarktes im Juni 1919 schwankend, je nachdem der Industrie Rohstoffe und Hilfsstoffe zugeführt werden konnten. Die Zahl der Erwerbslosen ist, besonders in den Großstädten, zurückgegangen, gleichzeitig hat aber das Angebot von offenen Stellen abgenommen. Die landwirtschaftliche Vermittlung hielt sich mit über 4000 Stellenbesetzungen, davon 1900 männliche und 2500 weibliche, auf der gleichen Höhe wie im Vormonat. Für den Steinkohlenbergbau war Bedarf an Arbeitskräften im Lugau-Oelsnitzer Bezirk, wo sich eine starke Abwanderung der Bergarbeiter nach dem Westen bemerkbar macht. Für Braunkohlengruben, hauptsächlich außerhalb Sachsens, wurden rund 500 Arbeiter vermittelt. Die Glas- und keramische Industrie konnte infolge günstigerer Kohlenzufuhr ihre Tätigkeit teilweise wieder aufnehmen. Ebenso kamen Ziegeleien in Gang. In der Metallindustrie hat die Arbeitslosigkeit zwar weiter abgenommen, jedoch sind die Stellenlosenziffern noch immer erheblich. Im Spinnstoffgewerbe hat die Zahl der Erwerbslosen in einzelnen Bezirken wieder zugenommen; zum Teil sind, wie in der Wollindustrie, die zugewiesenen Rohstoffe aufgebraucht, zum Teil zwingt der Kohlenmangel zur Einschränkung der Betriebe. Die Lage der Papierindustrie hat sich weiter gebessert. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe dauert der gute Geschäftsgang der Möbeltischlereien fort. Die starke Nachfrage nach Möbeltischlern, Holzbildhauern und Stuhlbauern konnte nicht gedeckt werden. Im Bäcker- und Fleischergewerbe hat sich die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes nicht gebessert. In der Tabakindustrie ist die Beschäftigung weiter zurückgegangen. Im Bekleidungsgewerbe bestand die starke Nachfrage nach Schneidern, Schneiderinnen und Schuhmachern fort. Der Bedarf konnte nicht gedeckt werden. Im Baugewerbe war größere Nachfrage nach Maurern und Zimmerern, besonders in kleineren Orten, doch sind erhebliche Bestände an Arbeitslosen vorhanden. Das gleiche ist bei den Malern und Ofensetzern der Fall. Im Vervielfältigungsgewerbe ist die Zahl der offenen Stellen gestiegen, die Arbeitslosigkeit ist aber immer noch groß, sowohl bei den Buchdruckern als auch im Steindruckgewerbe. Im Handelsgewerbe ist für die Angestellten keine Besserung des Stellenmarktes eingetreten. Im Gastwirtsgewerbe hat das Sommergeschäft keine wesentliche Belebung des Arbeitsmarktes gebracht. Im Verkehrsgewerbe fehlte es an Arbeitsgelegenheit für Kutscher, Kraftwagenführer und sonstigen Verkehrsarbeitern. Von den Elbschiffern war noch ein Teil ohne Beschäftigung. Ungelernte männliche Arbeitslose waren schwer unterzubringen. Die Vermittlung weiblichen Hauspersonals leidet unter dem Mangel an geeignetem Angebot.

Neue Beunruhigung im sächsischen Bergbau.

Von zuständiger Seite erfahren wir, daß im Bornaer Braunkohlenrevier wiederum ein Streik unmittelbar auszubrechen droht. Es handelt sich diesmal weder um einen politischen Streik, noch um eine Lohnerhöhung, sondern lediglich um die Erzwingung der Entlassung eines Beamten. Das Arbeitsministerium steht, wie wir wissen, dieser Absicht ziemlich kühl gegenüber, hat aber doch einen höheren Beamten in das Kohlenrevier entsandt, der womöglich die Differenzen durch Verhandlungen beseitigen soll. Es ist selbstverständlich, daß berechtigte Forderungen jederzeit von den Behörden Unterstützung finden werden, aber es ist auch verständlich, wenn den sogenannten „wilden Streiks" mit einiger Reserve entgegengetreten wird, da sie die schwierige Lage, in der wir uns befinden, nur noch weiter und nicht selten erheblich verschärfen.

In einem andern Falle in demselben Bezirk, bei dem der Besitzer des Werkes wegen Differenzen mit den Arbeitern ohne weiteres die Stillegung des Betriebs androhte, wurde dieser durch die Regierung unverzüglich von der Leitung ausgeschaltet und durch einen Betriebsdirektor ersetzt, der den Geschäftsbetrieb im Auftrage des Staates weiter zu führen hat. Man kann der Energie der Regierung nur zustimmen, da sie durchaus notwendig ist; denn in so lebenswichtigen Betrieben wie im Bergbau müssen sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer angehalten werden, nur in alleräußersten Fällen zu einschneidenden Maßnahmen zu schreiten.

Wie verlautet, soll in nächster Zeit mit der [illegible] Lugau-Oelsnitzer Revier eine größere Anzahl auswärtiger Arbeiter eintreffen.

Die wirtschaftliche Lage Sachsens

behandelte der Arbeitsminister Heilbt in einem Vortrage, den er am Mittwoch im Dreikaiserhof in Dresden-Löbtau einer stark besuchten, vom deutschen Eisenbahnerverband einberufenen Versammlung der Dresdner Eisenbahner hielt. Bevor der Vortragende zum eigentlichen Thema überging, gab er einen Rückblick auf die Zustände an der Staatsbahn bis zum Jahre 1910, der Zeit Rügers, unter dessen Leitung jede freie Regung mit den brutalsten Mitteln unterdrückt wurde. Die Zustände sind seit der Revolution beseitigt, auch den Eisenbahnern ist das uneingeschränkte Koalitionsrecht gewährleistet. Die politischen Rechte sind nur insoweit beschränkt, um die Allgemeinheit nicht zu schädigen. Die soziale Revolution dagegen hat die volle Freiheit nicht gebracht. Die Konzentration des Kapitals hat vor dem Kriege einen derartigen Umfang angenommen, daß die Arbeiterschaft nicht stark genug war, diese Interessengemeinschaft mit einem Schlage zu beseitigen. Als Beispiel dafür führte der Vortragende den deutschen Stahlwerksverband an, der aus 27 Herren bestand, die von ihrer Macht rücksichtslos Gebrauch machten. Um die soziale Revolution durchführen zu können, bedarf es eines blühenden Wirtschaftslebens, und dieses ist nur durch unermüdliche, intensive Arbeit zu erreichen. Die fortgesetzten Streiks können wohl einzelnen Berufsgruppen vorübergehende Vorteile bringen, schädigen aber andre Erwerbszweige nur um so schwerer. Das beweisen die Bergarbeiterstreiks. Außerdem sinkt unser Geldwert immer tiefer. Sachsen ist auf den Export angewiesen. Dazu benötigen wir Rohstoffe. Um diese zu erlangen, müssen wir Waren ausführen. Das können wir aber nur, wenn wir arbeiten. Nur ein ungestörtes Funktionieren unsrer Eisenbahn kann uns vor dem völligen Untergang retten. An den Eisenbahnern liegt es, unser Wirtschaftsleben wieder flott zu machen. Reicher Beifall lohnte diese trefflichen Ausführungen.

Noch weiterhin beschränkter Güterverkehr.

Wie von der Staatseisenbahn mitgeteilt wird, kann der volle Güterverkehr in Sachsen noch nicht wieder aufgenommen werden. Die bisherigen Kohlenzufuhren decken den Bedarf der Staatseisenbahnen nur auf etwa zehn Tage, und es würde, wenn daraufhin bereits der volle Betrieb verfügt werden sollte, immer die Möglichkeit neuer Einschränkungen bestehen bleiben, sofern irgendeine Störung in der Zufuhr oder Förderung von Steinkohlen eintreten sollte. Indessen werden dringliche Güter nach Möglichkeit zur Beförderung zugelassen.

Verfassungsfeiern in Sachsen.

(N.) Voraussichtlich wird in den nächsten Tagen die neue Reichsverfassung zum Abschluß gebracht werden. Um die hohe Bedeutung dieses Ereignisses zum Bewußtsein des ganzen Volkes zu bringen, sollen am Tage, nachdem die Nationalversammlung die Verfassung verabschiedet hat, im ganzen Reiche die öffentlichen Gebäude mit den neuen Reichsfarben (Schwarz-Rot-Gold) beflaggt und in den Schulen aller Art, insbesondere auch in den Hochschulen, soweit sie noch nicht geschlossen sind, würdige Feiern begangen werden. Dabei sollen in gemeinverständlichen Vorträgen die Hauptpunkte der Neuordnung zum Verständnis gebracht werden. Das Kultusministerium wird entsprechende Verordnungen ergehen lassen. Die Hochschulen des Landes sollen, falls der Abschluß des Verfassungswerkes noch in die Vorlesungszeit fällt, am vorgesehenen Tage derartige Feiern halten. Andernfalls wären die Feiern bei Beginn des neuen Semesters zu veranstalten. In den Schulen sollen die Feiern nach Ferienschluß bei Schulbeginn stattfinden. Den Behörden wird empfohlen, sich rechtzeitig mit den neuen Reichsflaggen zu versehen.

Gesuche an die Regierung.

(St. R.) Bei dem Ministerpräsidenten gelangen täglich viele Gesuche, [illegible] Bewerbungen, Beschwerden und Anfragen. [illegible] Bevölkerung herrscht vielfach die irrige Auffassung, [illegible] Ministerpräsident oder das Gesamtministerium eine [illegible] Beschwerde-Instanz über die einzelnen Ministerien und Erledigung von Angelegenheiten vornehmen, die bereits bei den einzelnen Ministerien entschieden sind. Auch glaubt man oft, größeren Erfolg zu haben, wenn man unter Umgehung des einzelnen Ministeriums sich an den Ministerpräsidenten oder das Gesamtministerium wendet. Durch alle solche Eingaben wird den Beschwerdeführern und Gesuchstellern nicht genutzt, es wird vielmehr nur unnütze Arbeit verursacht und die Erledigung der Anliegen verzögert. Mit Angelegenheiten, die an sich in den Geschäftskreis der einzelnen Ministerien gehören, können sich der Ministerpräsident und das Gesamtministerium nur dann befassen, wenn sie eine allgemeine politische Bedeutung haben. Alle sonstigen Angelegenheiten werden von den einzelnen Ministerien erledigt.

Stadt-Chronik.

Die Hebamme in der kommunalen Säuglingsfürsorge.

Nach einem Bericht von Geheimrat Dr. Hoenel in der Berliner klinischen Wochenschrift (1919, Nr. 1) betrug die Sterblichkeit an Kindbettfieber in den Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern 1913 auf je 10 000 Geburten 21,9. Sie stieg 1915 auf 27,8, 1916 auf 29,7, 1917 auf 50,8 und 1918 im ersten Halbjahr auf 36,7 pro 10 000. Diese Zahlen sind nicht nur eine Folge der durch Unterernährung erzeugten körperlichen Schwäche, sondern vor allem eine Folge des Mangels an guter Seife, Gummi usw. Diese Materialien werden wir nun bald wieder haben und dann wird das Kindbettfieber auch wieder zurückgehen auf seinen Friedensstand. Und da war das Kindbettfieber in ungefähr der Hälfte aller Todesfälle im Wochenbett die Ursache, und die Ursache des Kindbettfiebers wieder war zumeist die Hebamme, die durch mangelnde Vorsorge das Eintreten der Krankheitserreger vermittelte. Wir müssen unser Augenmerk darum in erhöhtem Maße auf die Auswahl und Ausbildung der Hebammen lenken.

Daß eine tüchtige, wohlausgebildete Hebamme sehr viel in dieser Beziehung zu leisten vermag, zeigt uns die Tatsache, daß die Sterblichkeit an Kindbettfieber bei den in Anstalten entbundenen Wöchnerinnen höchstens den fünften Teil der in den Wohnungen entbundenen beträgt. Das liegt natürlich zum großen Teil an der in jeder Beziehung hygienisch einwandfreieren Behandlung in Anstalten und beweist, daß die kommunale Entbindungsanstalt mit der Zeit die Behandlungsstätte für alle Wöchnerinnen, nicht nur für die wohlhabenden, werden muß.

Aber auch dann bedeuten tüchtige Hebammen ein wichtiges Stück Säuglingsfürsorge, wenn sie nicht gewerbsmäßig, wie heute meist, sondern mit höheren Zielen an ihre Aufgabe herantreten. Hierfür bringt uns Medizinalrat Dr. Eidam, Gumpenhausen, in der Münchner medizinischen Wochenschrift (1918, Nr. 28) lehrreiche Beispiele. Er hat die Hebammen seines Bezirks seit 1910 zugleich als Säuglingsfürsorgerinnen angestellt und fortlaufend entsprechend unterrichtet. Jede Hebamme hat die Kinder zu versorgen, bei deren Geburt sie Beistand geleistet, hat sie mindestens alle 14 Tage zu besuchen, zu wiegen, die Mutter zum Selbststillen zu mahnen usw. Da die Hebamme die vertraute Beraterin der Mutter geworden, so erreicht sie in dieser Tätigkeit nach den Feststellungen von Dr. Eidam mehr als eine Kinderfürsorgerin, besonders in ländlichen Bezirken.

Was eine derartige Fürsorgetätigkeit zu leisten vermag, wird in Zahlen bewiesen. Von den Hebammenbezirken gab es 1900 bis 1909 nur zwei mit 15 Prozent, 1910 dagegen vierzehn mit 9 bis 15 Prozent usw.

Dr. Eidam ist der Ueberzeugung, daß Deutschland durch derlei fürsorgerische Tätigkeit der Hebammen bald nur noch 9 bis 12 Prozent Säuglingssterblichkeit aufzuweisen wird. An einen derartig niedrigen Prozentsatz können wir jedoch nicht glauben, da hierzu auch noch eine soziale Umgestaltung erforderlich ist. Dr. Eidam bekennt selbst, daß die höchste Sterblichkeitsziffer mit einer weniger wohlhabenden, ja ärmeren Bevölkerung zusammentrifft, trotz dieser Hebammenarbeit. So sehr darum auch ein Ausbau in dieser Richtung erforderlich ist, wir müssen hier wie stets zugleich beachten, daß alle Reformen ohne den Kampf für den Sozialismus nur halbe Arbeit bedeuten. Auch in der Kommunalpolitik muß das Endziel stets der Sozialismus sein.

42]

Professor Unrat.

Roman von Heinrich Mann.

„Nein. Nicht mein Fall," sagte er dürr, sogar verächtlich und mit dem bekannten schauspielerischen Faltenwurf im Gesicht. Sie betrachtete ihn von der Seite mit scheuer Achtung. Er war ganz schwarz angezogen und hatte den schwarzen Hut auf dem Kopf behalten. Sein Gesicht war noch etwas gelber und schärfer geworden: es war glattrasiert; und es richtete sich mit halbgeschlossnen Lidern, dunkeln und merkwürdig dreieckigen, irgend wohin, wo nichts los war. Sie wollte ihn nötigen, sie anzusehen. Auch drängte es sie, sich zu überzeugen, ob er noch seinen Schopf habe.

„Warum nehmen Sie denn Ihren Hut nicht ab?" fragte sie.

„Gnädige Frau haben recht," und er gehorchte. Rasch wohl; sein Haar flieg noch als Wirbel in die Höhe und fiel als Locke auf die Stirn zurück. Er betrachtete sie endlich mit ganzem Blick.

„Im Blauen Engel sagten gnädige Frau noch nicht so viel Wert auf die Formen. Wie man sich verändert. Wie wir alle uns verändern. Und in der lächerlichen Zeit von zwei Jahren."

Er sah wieder weg und dachte so sichtlich an etwas anders, daß sie gar nichts mehr zu sagen wußte, obwohl seine Aeußerung sie ein wenig gestochen hatte. Aber er hatte dabei vielleicht nicht mal sie gemeint! So hatte es geklungen.

Lohmann hatte Frau Dora Breetpoot gemeint, und daß er sie so anders wiedergefunden hatte, so anders als das Bild von ihr das seine Seele mit fortgenommen hatte. Er hatte sie als große Dame geliebt. Sie war die große Dame der Stadt gewesen. Einmal in der Schweiz hatte sie die Bekanntschaft einer englischen Herzogin gemacht, und etwas ritterliche Weise war von dieser Berührung an ihr haften geblieben. Sie vertrat in der Stadt eigentlich die Herzogin. Daß der englische Adel der erste der Welt sei, daran durfte hier niemand zweifeln. Später auf einer Reise nach Süddeutschland war ihr von einem Mitmeister aus Prag der Hof gemacht worden; damals trat die österreichische Aristokratie gleichberechtigt neben die englische . . . Wie Lohmann von dem allen sich hatte einschüchtern lassen, es gutgläubig mitgemacht hatte: es war erstaunlich. Es war vor allem erstaunlich, daß das keine zwei Jahre her war. Jetzt kehrte er in die Stadt zurück — sie hatte sich zusammengezogen, als sei sie aus Gummi. Das Breetpootsche Haus war nur noch halb so groß; — und drinnen saß eine kleine Provinzdame. Nicht viel mehr als Provinzdame. Gewiß, sie hatte immer noch den Medaillenkopf der Kreolin; aber im Munde der Medaille die Dialektausdrücke! Die Mode vom Vorjahr, und nicht ganz richtig verstanden. Schlimmer noch, Abstecher ins Persönlich-Künstlerische, die mißlangen. Und der Empfang des hier aus fernen Gesellschaften Wiedergekehrten, als habe er ihr Grüße zu bringen; und der kritisierende Anspruch, nicht hier hineinzupassen. Ja, daß ihn das früher nicht irritiert hatte? Zwar hatte er damals kaum ein Wort von ihr erhalten, war kaum bemerkt worden. Er war ein Schüler gewesen. Jetzt war er ein Herr, man kokettierte, man trachtete ihn zu fesseln in dem „Kreis" um die eigene, kleine Person herum . . . Er war mit Bitterkeit erfüllt worden bis an den Hals. Er dachte an die alte Flinte, die damals immer bereit gelegen hatte, ernsthaft bereit für den Fall, daß er entdeckt ward. Er empfand noch heute melancholischen Stolz auf die Knabenleidenschaft, die bis an die Schwelle seiner erwachsenen Jahre gedauert hatte, durch Scham, Lächerlichkeit, ja ein wenig Ekel hindurch immer noch gedauert. Trotz Knust, von Gierschke und den andern. Trotz der zahlreichen Nachkommenschaft der geliebten Frau. Wie er in der Nacht nach ihrer letzten Entbindung das Tor ihres Hauses geküßt hatte! Das war noch etwas gewesen, davon mußte man zehren. Er erkannte, daß er's.) Das Beste, was er in seinem Leben zu verschenken gehabt hatte, die Frau da hatte es ahnungslos bekommen. Nun, da er leer war, warb sie um ihn . . . Als er ging, fühlte er mit ängstlicher Genauigkeit das Entweichen von Lebensjahren, und daß hier die Tür sich schloß hinter einer Liebe, die soviel gewesen war wie eine Jugend.

Dies war ihm am Morgen nach seiner Ankunft geschehen. Gleich darauf traf er mit von Ertzum zusammen und dann sie beide in der Siebenbergstraße mit den Unrats. In dieser Enge konnte das nicht lange ausbleiben. So kurz Lohmann auch in der Stadt war, er hatte doch schon von ihnen sprechen gehört; und des alten Unrat Taten hatten seine Liebhaberei für menschliche Seltsamkeiten lebhaft angesprochen. Er stellte fest, daß Unrat alles erfüllt habe, was sich vor zwei Jahren in ihm angekündet hatte; eher mehr als weniger. Aber noch großartiger fast erschien ihm die Entwicklung der Künstlerin Fröhlich. Von der Chanteuse des Blauen Engels zur Demi-Mondaine hohen Stils! Denn schließlich, auf den ersten Anblick war sie's. Bei näherem Hinsehen drang dann das Kleinbürgerliche durch. Immerhin, es war alles mögliche, was hier geleistet war. Und die vielen gezogenen Hüte auf dem Wege des Ehepaares! Und all die demütige Begehrlichkeit, wo immer die Künstlerin Fröhlich ihr Parfüm hinwehte! Zwischen ihr und ihrem Publikum, der Stadt, hatte augenscheinlich eine Art von gegenseitiger Beschwindelung stattgefunden. Sie hatte sich als repräsentative Schönheit gebärdet, war allmählich dafür angesprochen worden und hatte es selbst wieder den Leuten geglaubt. So ähnlich mußte es wohl seinerzeit mit Dora Breetpoot zugegangen sein und ihrem Anspruch auf mondainen Chic? Lohmann fand es von prickelnder Ironie, wenn er sich jetzt mit der Fröhlich befaßte. Er konnte ja der Zeit gedenken, wo er Verse gemacht hatte auf beide; wo er, in der Rachsucht seines Leidens, Dora Breetpoot hatte beschmutzen wollen, dadurch, daß er, mit ihr im Herzen, den Liebkosungen der andern den Geschmack düstern Lasters zu geben sich vornahm. Laster? Jetzt, da er keine Liebe mehr hatte, begriff er auch kein Laster mehr. Keine Bitterkeit seines Herzens gegen Frau Breetpoot kam Frau Unrat zugute. Nichts würde sich in ihm regen, wenn er mit ihr am Breetpootschen Haus vorbeiging. Er führte einfach eine elegante Kokotte durch die entgötterte Stadt.

Von Ertzum nahm er dabei lieber nicht mit. Von Ertzum hatte, sobald er das gute Mädchen zu sehen kriegte, lobflos mit dem Säbel zu rasseln angefangen und eine ganz rauhe Stimme bekommen. Von Ertzum war imstande, gleich wieder mit schweren Gefühlen loszulegen. Für von Ertzum war immer alles Gegenwart — wohingegen Lohmann in der vormittäglich leeren Konditorei, an der Seite der Künstlerin Fröhlich, aus seinem Gläschen, das nie leer ward, nichts andres nippte, als den nebelhaften Nachgeschmack der Stimmungen von einst.

„Soll ich Ihnen etwas Kognak in die Schokolade gießen?" fragte er. „Das ist nämlich sehr gut." Dann:

„Was man von Ihnen aber alles hört, gnädige Frau!"

„Wieso?" fragte sie wachsam.

„Nun, Sie und unser alter Unrat sollen ja die Stadt auf den Kopf stellen und massenhaftes Unheil anrichten."

„Ach, das meinen Sie. Na ja, man tut was man kann. Die Leute amüsieren sich bei uns — obschon ich mich als Hausfrau nich selber loben will."

„Das sagt man. Auch ist über Unrats eigentliche Beweggründe wohl niemand im klaren. Man denkt, er benutze das Spiel für den Lebensunterhalt. Ich glaube anders. Wir zwei gnädige Frau, kennen ihn ja besser."

Die Künstlerin Fröhlich war bestürzt und schwieg.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190725/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bessere Lebensmittelversorgung.

Seit einiger Zeit ist eine Besserung in der Versorgung mit Lebensmitteln eingetreten. Die durch das Reich verfügte Verbilligung verschiedener Auslandswaren, besonders von amerikanischem Schweinefleisch, Schmalz und Mehl, macht sich in Dresden angenehm fühlbar. Nun wird auch das Mehl zur Verteilung kommen. Es ist bereits an verschiedenen Stellen der Stadt aufgestapelt. Seit einigen Wochen gehen auch in Dresden größere Mengen von amerikanischem Speck, Pökelschweinefleisch und Kunstspeisefett ein. Es handelt sich dabei um tägliche Mengen von 20 Waggons, die etwa 2800 bis 3000 Zentner enthalten. Bis jetzt sind etwa 80 000 Zentner Speck und die gleiche Menge an Kunstspeisefett eingetroffen. Ob die Waren ausschließlich im Freistaat Sachsen zur Verteilung gelangen, ist noch nicht festgestellt, da sie für die Reichsfleischstelle in Dresden gelagert werden. Jedenfalls aber ist durch die eingegangenen und noch eingehenden Lebensmittel unsre Rationierung auf Wochen gesichert. Das Fett als auch das Schweinefleisch sind von vorzüglicher Beschaffenheit. Auch eine Schiffsladung von einigen tausend Zentnern Schinken ist eingetroffen. Es ist zu erwarten, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Rationierung bald in Kraft tritt.

Werden nun nach Aufhebung der Blockade die angeknüpften Handelsbeziehungen und Zufuhren nicht durch innere Unruhen gestört, so ist mit Sicherheit auf eine Entspannung der Lage zu rechnen. Setzt gleichzeitig ein vernünftiger Preisabbau ein — hierfür möchten weiterhin öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden —, so geht es wohl auch dem Schleich- und Schieberhandel dem unverschämten Wucher noch mehr an den Kragen. Dann wird auch die Anlieferung noch besser funktionieren und der Erwerb von Lebensmitteln sich günstiger gestalten. Die Hauptsache aber ist, daß diese Entwicklung durch frivole Streiks nicht unterbunden wird. Das wäre ein großes Unglück, daß mit doppelter Wucht die Minderbemittelten treffen müßte.

Unverstand oder Demagogie.

Eine Jaurès-Gedenkfeier haben die Unabhängigen, natürlich in Verbindung mit den ihnen so sympathischen Kommunisten, arrangiert und dazu durch große Plakate eingeladen. Aber der von der Reaktion gemordete Jaurès würde, wie man sagt, sich im Grabe umdrehen, sofern er von diesem Vorhaben etwas erführe. Denn keinen schlimmern Feind könnten in heutiger Zeit die oben erwähnten gedenkfeiernden Parteien haben wie den durch schändlichen Mord auf dem Felde der Ehre gefallenen französischen Volkstribun, der in Frankreich ungefähr die Stellung einnahm, wie heute mancher viel geschmähte Rechtssozialist. Jaurès hat die oft sinnlosen Pläne der heute Gedenkfeiernden und von Leuten ähnlicher Richtung, die in Frankreich sich zum Teil noch in seiner Partei befanden, zum Teil ihm schon damals feindlich gegenüberstanden, in scharfsinnigen und logischen Ausführungen mit der ganzen Glut seiner feurigen Seele bekämpft. Deshalb haben ihn die französischen Syndikalisten und alle andern „Nichts-als-Revolutionäre", solange er lebte, allezeit bekämpft, beschimpft und angespuckt. Ihre deutschen Parteigänger auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie haben in die gleiche Kerbe gehauen und mehr wie einmal erklärt, ihn gar nicht für einen Sozialisten zu halten, sondern für einen Bürgerlichen, der das Kapital nur retten wolle — genau, was man heute den Mehrheitssozialisten oder deren Führern nachsagt. Jaurès' Schriften geben denn auch die beste Widerlegung der Theorien, die die U. S. P. und die K. P. D. verfechten.

Aus Vorstehendem ist zu folgern, daß die Parteivorstände und Führer der genannten Parteien Jaurès' Reden und Schriften nicht gelesen oder nicht verstanden haben oder — und das scheint das Sichere — daß sie Demagogen sind, die den bedauernswerten Tod unsres Genossen und ihres feurigsten und ernsthaftesten Gegners nur dazu benutzen, sich selber in ein helles „revolutionäres" Licht zu stellen, das Volk aber aufzuhetzen.

Wer also das Andenken von Jaurès wirklich feiern, über ihn die Wahrheit hören und sich an seinen reinen Absichten und Bestrebungen begeistern will, der begebe sich Mittwoch den 30. Juli zu der Veranstaltung der alten sozialdemokratischen Partei im Gewerbehause. Denn dort wird man eine von Wahrheit und ehrlicher Ueberzeugung getragene Gedächtnisrede, die der Bedeutung von Jaurès für die Arbeiterschaft der ganzen Welt gerecht wird, von einem seiner wirklichen Gesinnungsgenossen anhören können.

Schlechtgenährte Kinder der besseren Kreise.

In den bürgerlichen Zeitungen wird jetzt viel darüber geschrieben, daß das Schwedische Rote Kreuz in Stockholm ein hochherziges Liebeswerk organisiert hat, wonach deutsche Kinder von schwedischen Familien vor den gefährlichen Folgen der Unterernährung bewahrt werden. Die Deutsche Wohlfahrtsstelle in Berlin, die die Kinder nach Schweden vermittelt, handelt aber wahrscheinlich nicht im Sinne des Schwedischen Roten Kreuzes, wenn sie die unterernährten Kinder hauptsächlich aus dem Mittelstande nimmt. Daß dies der Fall ist, geht aus einem Artikel hervor, in dem die Deutsche Wohlfahrtspflege als Entschuldigung für die angegebene Tatsache schreibt, daß die Kinder aus den Arbeiterkreisen durchschnittlich besser ernährt seien wie die der besseren Stände. Dafür den Beweis zu erbringen, dürfte sie wohl schwerlich imstande sein.

Wir müssen dagegen Protest einlegen, daß die Proletarierkinder in einseitigster Weise vernachlässigt werden. Wer entscheidet denn darüber, welche Kinder nach Schweden geschickt werden? Ist die Untersuchung der Kinder auch einwandfrei? Wir können dies nicht annehmen, sonst könnte sich die deutsche Wohlfahrtsstelle unmöglich zu der Auffassung bekennen, daß die Arbeiterkinder durchschnittlich besser ernährt seien. Bei der Auswahl der Kinder darf unter keinen Umständen nach dem Stand der Eltern gefragt werden, sondern ausschlaggebend darf nur der Grad der Unterernährung sein. Gewiß, im Mittelstand gibt es auch unterernährte Kinder! Aber das darf kein Grund sein, die Kinder nur den Kreisen des Mittelstandes zu entnehmen. Von der Bedürftigkeit wollen wir ganz schweigen. Denn bei genauer einwandfreier Untersuchung der Bedürftigkeit sowohl wie der Unterernährung dürfte sich herausstellen, daß der Arbeiterstand keineswegs besser gestellt ist.

Wenn wir bedenken, daß die Kinder in Schweden nicht nur 3—4 Monate ernährt und unterhalten, sondern auch vollkommen neu eingekleidet werden, so ist der einseitige Standpunkt der Deutschen Wohlfahrtsstelle in Berlin um so mehr zu verurteilen. Soll es nicht den Anschein erwecken, daß für die Proletarierkinder die Ferienkolonien des Heimatlandes gut genug sind, für die Kinder des Mittelstandes und der besseren Kreise aber der mehrmonatige Aufenthalt in Schweden oder Holland, so wird es Aufgabe einer Reichsbehörde sein, eine Kontrollinstanz einzusetzen, die für streng unparteiische Auswahl der Kinder Sorge trägt.

Doppelangebote.

Im Vorbeigehen lasen wir heute im Schaufenster eines Geschäfts an einem hiesigen Platze: „Nur drei Tage! Ein Pfund Mischobst und ein Pfund Kaffee Mark so und so viel." Wir müssen unsre Arbeiterhausfrauen ernstlich warnen, auf solche Doppelangebote einzugehen, möge es sich um Dinge, die zusammenpassen, handeln oder um Sachen, die gar nicht zusammengehören, wie Mischobst und Kaffee. Bei solchen Zusammenkoppelungen ist immer der Verdacht gerechtfertigt, daß eine der beiden gebotenen Waren nicht preiswert ist und von der andern Sorte mit „durchgeschleppt" werden soll. Denn wären beide Waren preiswert, warum sollte sich nicht jede für sich allein verkaufen? Das wäre jedenfalls einfacher und ginge schneller vonstatten. Dazu kommt noch, da die Preise zusammengeworfen sind, daß der Käufer überhaupt das erste Erfordernis eines Geschäfts, den genauen Preis einer jeden Ware für sich, gar nicht erfährt, daß ihm also jeder Vergleichsmaßstab mit den Preisen andrer Händler fehlt. Würde er ihn erfahren, so würde der Käufer vielleicht sogar bemerken, daß beide Waren nicht preiswürdig, beide verhältnismäßig zu teuer sind. — Wir wollen mit Vorstehendem nicht sagen, daß es unbedingt in jedem Fall so sein muß, daß es aber in jedem Fall so sein kann, und daß stets der Verdacht gerechtfertigt bleibt, daß es wirklich so sei. Wer also nicht ausgezeichneter Waren- und Preiskenner ist, der lasse seine Hand von solchen verkoppelten Preisangeboten, — er geht dann Enttäuschungen sicher aus dem Wege.

Eine billige Tasse Kaffee!

Trotzdem die Handelspreise für Rohkaffee schon beträchtlich gesunken sind, wird in Kaffeehäusern und Gastwirtschaften nach wie vor für eine Tasse oder Portion Kaffee der alte Kriegspreis verlangt. Nur in verschwindend wenig Gasthäusern ist ein kleiner Preisnachlaß zu spüren. Ebenso steht es mit Kakao oder Schokolade. Horrende Preise werden immer noch für eine Tasse Absud von Kakaoschalen oder minderwertiger Schokolade verlangt. Es ist aber endlich an der Zeit, daß das Publikum wieder eine gute Tasse Kaffee, Kakao oder Schokolade für einen annehmbaren Preis erhält. Die Erhöhung der Löhne der Gasthausangestellten ist kein Entschuldigungsgrund für die Beibehaltung der hohen Preise, ebensowenig der etwa noch vorhandene Vorrat von teurer eingekaufter Ware. Denn wenn während des Krieges so ungeheuer viel an Kaffee- und anderem Ersatz verdient worden ist, so kann man jetzt wohl mit einem geringeren Verdienst zufrieden sein. Die Kaffeehaus- und Gasthausbesitzer müssen unbedingt an den Abbau der Preise für diese Produkte herangehen. Andernfalls müßte eine Untersuchung der Verdienste vorgenommen werden.

An unsre Post-Abonnenten!

Damit die regelrechte Zustellung der
: Dresdner Volkszeitung :
im nächsten Monat keine Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsre Postabonnenten, das Abonnement für August bei dem zuständigen Postamt : schon jetzt zu bestellen. :

Verlag der Dresdner Volkszeitung

Neuregelung der Wohlfahrtspflege in Dresden.

Nach dem Gesetz vom 30. Mai 1918 über die Wohlfahrtspflege bildet jeder Bezirksverband, abgesehen von den Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern und den diesen sich anschließenden, einen Pflegebezirk. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt bestehen demnach neben dem Pflegebezirk der Amtshauptmannschaft die Pflegebezirke Deuben sowie Potschappel mit Döhlen, die zur Erfüllung der Aufgaben, die das erwähnte Gesetz stellt, selbständig wirksam werden wollen. — Als Wohlfahrtspflege im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen gelten die Säuglings- und Kleinkinderpflege einschließlich des Mutterschutzes, die Wohnungspflege, die Krüppelhilfe und die Bekämpfung der Tuberkulose. — Die Durchführung und planmäßige Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege im Pflegebezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt hat ein Pflegeausschuß in die Hand genommen, dem 20 Personen aller Berufsstände angehören. Besonders berücksichtigt sind dabei die Kreise worden, denen die Wohlfahrtspflege in erster Linie zugute kommen soll. Der Ausschuß hat aus seiner Mitte einen engeren Arbeitsausschuß eingesetzt. In mehreren Sitzungen hat sich der Pflegeausschuß mit den zunächst zu ergreifenden Maßnahmen befaßt. Nachdem bereits eine Bezirks- und eine Hilfspflegerin eingestellt worden sind, soll demnächst noch ein Fürsorgearzt angestellt werden. Mit den bereitgestellten Mitteln soll zunächst die zur Durchführung der Pflegeaufgaben dringend notwendige Anstellung von Gemeindeschwestern, die Einrichtung weiterer Mütterberatungsstellen — fünf bestehen bereits —, die offene Säuglingspflege, die Erziehungsarbeit in Kinderheimen u. a. m. gefördert werden. — Bei der Amtshauptmannschaft ist ein Wohlfahrtsamt eingerichtet worden, das alle Zweige der Fürsorge für Schutz- und Unterstützungsbedürftige zusammenfaßt.

Weiterzahlung und Einstellung der Familienunterstützungen.

Nach der Verordnung des Reichsministeriums des Innern vom 19. Juni 1919 wird Familienunterstützung ohne weiteres nur noch an die Angehörigen von Vermißten und Gefangenen, von Heeresangehörigen, die sich noch außerhalb der deutschen Grenzen befinden, von an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhinderten oder vom Feinde verschleppten Personen, sowie an die Hinterbliebenen von Gefallenen, sofern sie noch nicht in den Genuß von Versorgungsgebührnissen getreten sind, weitergezahlt. Im übrigen ist die Weiterzahlung der Familienunterstützung nur möglich, wenn durch Bescheinigung der zuständigen militärischen Stellen nachgewiesen wird, daß die Ernährer keine Löhnungszuschüsse im Sinne der für die Reichswehr ergangenen Bestimmungen erhalten. Um die Beibringung dieser erforderlichen Bescheinigungen zu erleichtern, sind am 16. und 17. Juli durch die Kassenstellen des Kriegsunterstützungsamts Bescheinigungsvordrucke ausgegeben worden. Die Auszahlung der August-Unterstützung kann nur erfolgen, wenn durch ordnungsgemäße Bescheinigung die Nichtgewährung von Löhnungszuschüssen nach den Bestimmungen über die Reichswehr nachgewiesen wird.

Wahl von Vertretern der Stadt für verschiedene Körperschaften. Als Vertreter der Stadt Dresden wurden in der letzten Gesamtratssitzung gewählt in den Deutschen Hauptausschuß für öffentliche Gesundheitspflege Bürgermeister Dr. May, in den Vorstand des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden Stadtrat Kreß und in den Verbandsvorstand und in die Verbandsversammlung des Elektrizitäts- und Gasverbandes Coschütz Stadtbaurat Wahl bzw. Stadtrat Dr. Körner und Direktor der Elektrizitätswerke Baurat Menz, die beiden letzteren zugleich als Stellvertreter für den Verbandsvorstand.

Um den Sitz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte soll von Berlin verlegt werden, und zwar entweder nach Sachsen oder nach Bayern. Es kommen hierfür Dresden, Leipzig, München und Nürnberg in Frage. Dresden hat sich bereit erklärt, einen Bauplatz für das Verwaltungsgebäude, Herstellung von Beamtenwohnungen und teilweise Tragung der Unkosten zu übernehmen.

Fortgesetzte Betrügereien wurden der Kontoristin Susanna Gertrud [illegible] Ende zur Last gelegt. Die Angeklagte, wegen Betrugs schon vorbestraft, hat sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen im Februar in 13 Fällen Geldbeträge von 25 bis 1800 M. verschafft. Ihre Opfer waren meist Familien in Löbtau, denen sie vorschwindelte, es wäre ihr möglich, neue Militärmäntel oder Lebensmittel wie Speck, Butter und dergleichen Sachen zu besorgen. Die von ihr auf diese Weise vereinnahmte Summe beläuft sich insgesamt auf 2400 M. Weiter fälschte sie in ihrer letzten Stellung einen Scheck über 4000 M. und versuchte das Geld auf der Bank zu erheben. Das Gericht verurteilte sie wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, fünf Monate Gefängnis hat sie noch auf Grund eines früheren Urteils zu verbüßen.

Für den Haushalt. Auf Abschnitt 5 der Einfuhrzusatzkarte für ausländisches Pökelschweinefleisch der Stadt Dresden erhalten Personen über 6 Jahre 250 Gr., Personen bis zu 6 Jahren 125 Gr. Schweinefleisch. Voranmeldung spätestens Sonnabend. Der Verkauf findet nächste Woche statt. Der Tag wird noch bekanntgegeben werden. Verkaufspreise: für 250 Gr. 2 M., für 125 Gr. 1 M.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hält seine in Dresden-N., Marienhofstr. 58B, befindliche Geschäftsstelle in der Zeit von Montag den 28. Juli bis einschl. Sonntag den 2. August 1919 geschlossen. Auskunft wird in Dresden-Löbtau, Gohliser Straße, im Restaurant Weißer Adler, Dienstags nachm. von 5 bis 7 Uhr, und in Dresden-Neustadt, Königsbrücker Straße, Ecke Jordanstraße, im Restaurant Sybillenort, Montags und Mittwochs von 4 bis 7 Uhr erteilt.

Richtigstellung. In Nr. 164 unsrer Zeitung erschien ein Artikel „Stammtischideale", in dem die Dresdner Nachrichten als Quelle eines Gedichts zum Preise des Doppelkopfs angegeben waren. Dieses Blatt hat aber, wie uns mitgeteilt wird, ein derartiges Gedicht nicht abgedruckt. Dasselbe muß in einer andern Dresdner Zeitung erschienen sein. Wir hatten den Stoff zu dem Artikel einer auswärtigen Zeitungskorrespondenz entnommen, die das Verschulden trifft.

Vorträge über Wohnungswesen. In der Ausstellung für Wohnungsbau, Helmholtzstraße 5/7, spricht morgen Sonnabend nachmittag 5 Uhr Gartenarchitekt Knippel (Dresden) über: „Betriebsweise für Kleingärten." — Nach dem Vortrag findet eine sachverständige Führung durch die Ausstellung statt.

Vermischte Nachrichten. Am Donnerstag nachmittag stürzte auf dem Neubau des Spar- und Bauvereins am Crispiplatz in Vorstadt Löbtau ein 26 Jahre alter Zimmermann aus Heidenau aus dem 1. Stock in das Erdgeschoß hinab und zog sich eine schwere Verletzung unterhalb des linken Auges zu. — Eine schwere Verbrennung im Gesicht, am Arm und an der Hand erlitt am Donnerstag vormittag im Hause Riesaer Platz 10 eine 38 Jahre alte, in der Wöhlerstraße 6 wohnhafte Maschinistensehefrau bei der Explosion eines Spiritusbehälters. Das Unglück war beim Nachgießen von Spiritus in eine Kaffeeröstmaschine passiert. — Mit Gas betäubt hatte sich gestern in selbstmörderischer Absicht in seiner Wohnung Kleine Plauensche Gasse 26 ein 25jähriger Mann. — Von einem Straßenbahnwagen umgefahren und verletzt wurde am Donnerstag vormittag auf der Waisenhausstraße eine 65 Jahre alte Frau aus Mobschatz. — Ein schwerer Betriebsunfall hat sich am Donnerstag vormittag in der 11. Stunde in einer Fabrik an der Wilischstraße zugetragen. Dort stanzte sich ein in der Alaunstraße wohnhaftes 20 Jahre altes Mädchen die linke Hand vollständig ab. — Ein Ueberfall auf einen Brotwagen wurde Dienstag vormittag im Plauenschen Grunde unterhalb der Gittersee Brücke von drei Personen verübt. Sie entnahmen dem Wagen mehrere Brote und liefen damit die Straße entlang. Als der Kutscher den Diebstahl bemerkte, und die Täter verfolgte, wurde er mit einem Revolver bedroht. — Gestohlen wurden zwei Ideal-Schreibmaschinen in einer hiesigen Handelsschule. Die Fabriknummern sind: 48829 und 97449. Die Schule hat eine Belohnung von 600 M. ausgesetzt. — Gegenüber dem Laubhof wurde am Donnerstag nachmittag die Leiche eines etwa 70 Jahre alten Rentenempfängers auf der Elbe schwimmend bemerkt und geborgen. Ob ein Unglücksfall vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. — In Flur Meißen-Oberspaar ist durch zwei Schulknaben ein männlicher Leichnam aus der Elbe gezogen worden. Der Tote ist ein 17 Jahre alter Handlungsgehilfe aus Dresden, der am 19. Juli beim Baden in der Elbe ertrunken ist.

Aus dem Dresdner Parteileben.

Volksversammlungen in Wölfnitz und Cotta.

Justizminister Harnisch sprach in einer gut besuchten Versammlung im Gasthof Wölfnitz über den Aufbau im Volksstaat. Der Redner bedauerte, daß wir nicht als geeinte Organisation den Aufgaben der neuen Zeit gegenüberstünden, wodurch eine regere praktische Arbeit im sozialistischen Sinne hätte betrieben werden können. Er ging sodann auf die Schuldfrage ein, behandelte das wirtschaftliche Verhältnis Englands zu Deutschland und kam dazu, das kapitalistische System für den Krieg und seine Folgen verantwortlich zu machen. Der Versailler Vertrag sei ungeheuer hart gegenüber dem von Brest-Litowsk, der dem russischen Gegner die wirtschaftliche Existenz gesichert habe. Er bedeute die Kampfansage des internationalen Kapitals an den deutschen Sozialismus. Den Machern des Vertrags sei es mit der demokratischen Gerechtigkeit nicht ernst. Mit einem warmen Appell an die von uns getrennten Genossen, sich zu einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzufinden, weil nur von ihr das Heil Deutschlands zu erwarten sei, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der Debatte sprach ein früherer Genosse seine Unzufriedenheit darüber aus, daß durch die jetzige Regierung nichts Wesentliches an den Verhältnissen geändert wurde. Darauf antwortete Genosse Harnisch mit der Feststellung, daß es wohl noch keine Regierung gegeben habe, die in so kurzer Zeit so intensive und reiche Arbeit geleistet habe wie die jetzige.

Zu einer imposanten Demonstration gestaltete sich die gestern abend in den Linden in Cotta veranstaltete Volksversammlung. Saal und Galerie waren bis auf den letzten Platz besetzt. Genosse Fräßdorf referierte. Er schilderte die Schwierigkeiten, in denen die jetzige Regierung sich befinde, kritisierte das Verhalten der Unabhängigen in der jetzigen schweren Zeit und brandmarkte die wilden Streiks als ein schweres Verbrechen an der Volksgesundheit. Nachdem zwei Debatteredner zu dem Vortrage gesprochen hatten, machte Herr Menke längere Ausführungen, denen der Referent im Schlußwort gute Argumente entgegensetzte.

4. Kreis. Parteigenossen und -genossinnen, heute abend 8 Uhr alle in die Reichskrone. Genosse Fräßdorf spricht über: „Wer trägt in Deutschland die Schuld an dem harten Friedensbedingungen?"

Bezirk Micken und Umgegend. Heute Freitag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Feldschlößchen, Kaditz. Genosse Redakteur Barthel hält einen Vortrag über das Rätesystem.

Bezirk Löbtau. Sonntag den 3. August Sommerfest in der Muschelhalle, Löbtau. Karten sind bei allen Sammlern zu haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190725/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Arbeitsvermittlung in die außersächsische Landwirtschaft.

Die landwirtschaftliche Vermittlung nach außerhalb Sachsen ist neuerdings durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung auf eine neue Grundlage gestellt worden. Während früher die Arbeitsnachweise und auch einzelne Arbeitgeber der Bedarfsgebiete sich an die sächsischen Arbeitsnachweise wendeten, bei denen sie Arbeitskräfte vermuteten, hat das Landesamt eine gewisse Zentralisation der Vermittlung durchgeführt, um zu verhüten, daß Aufträge mit schlechten Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnissen nach Sachsen kommen. Das Landesamt hat zunächst mit dem Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt und mit dem Märkischen Arbeitsnachweisverband Vereinbarungen getroffen, daß von den Arbeitsnachweisen dieser Gebiete nach Sachsen nur solche Aufträge gegeben werden, die von den Arbeitsnachweisverbänden hinsichtlich der Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnisse geprüft und derart befunden worden sind, daß sie deutschen Arbeitern empfohlen werden können. Dementsprechend sind die sächsischen Arbeitsnachweise angewiesen worden, nur solche Aufträge auszuführen, deren Prüfung durch die Arbeitsnachweisverbände bescheinigt worden ist. Anforderungen auf Arbeitskräfte, für die eine solche Bescheinigung nicht beigebracht wird, sind dem Landesamt zur Anordnung der Nachprüfung mitzuteilen.

Durch dieses Verfahren wird erreicht, daß die Arbeitsnachweise der Bedarfsgebiete die bei ihnen eingehenden Anträge selbst genau prüfen oder durch ihre Arbeitsnachweisverbände prüfen lassen müssen. Die Arbeitsnachweisverbände haben besonders geschulte Fürsorgerinnen angestellt, die die Güter besichtigen und nach einheitlichen Grundsätzen feststellen, ob die Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnisse den Mindestanforderungen entsprechen, unter denen deutsche Arbeitskräfte vermittelt werden können. Eine Prüfung der Verhältnisse durch den vermittelnden Arbeitsnachweis bei der Ueberführung der Arbeitskräfte soll dadurch natürlich nicht ausgeschlossen sein. Es liegt aber auf der Hand, daß Frauen, die fortgesetzt in einem bestimmten Bezirk Güter besichtigen, einen besseren Blick für vorhandene Mißstände haben, als Arbeitsnachweisbeamte oder Kommissionen, die eine solche Tätigkeit nur gelegentlich ausüben und in der betreffenden Gegend fremd sind. Die Prüfung durch die Arbeitsnachweisverbände wird vor allen Dingen den Erfolg haben, daß die Gutsbesitzer gezwungen sind, sich hinsichtlich der Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnisse der Arbeiter den allgemeinen Anforderungen anzupassen, wenn sie überhaupt Arbeitskräfte erhalten wollen. Voraussetzung ist natürlich, daß die Arbeitsnachweise sich an die getroffenen Vereinbarungen halten und keine Aufträge ausführen, die nicht geprüft sind.

Da sich auch bei den Transporten Schwierigkeiten herausgestellt haben, indem Arbeiterinnen sich entfernen oder Männer sich in unlauterer Absicht an die Mädchen herandrängen, sind die Arbeitsnachweisverbände dazu übergegangen, besondre Transportführerinnen anzustellen, die die Arbeiterinnen aus ihrer Heimat abholen und nach ihrem Bestimmungsort begleiten. Diese Fürsorgerinnen haben dafür zu sorgen, daß die Gruppen unterwegs zusammenbleiben und ordentlich verpflegt werden. Sie haben dann Vorkehrungen zu treffen, daß die Transporte rechtzeitig von der Bahn abgeholt werden und daß bei ihrer Ankunft auf den Gütern warmes Essen und Quartier bereitgestellt ist. Sehr wichtig ist ferner, daß die Transportführerinnen ein bis zwei Tage selbst auf den Gütern bleiben, damit die Arbeiterinnen sich leichter eingewöhnen, aber auch kleinere Mißstände, die sich noch zeigen, beseitigt werden. In Vorbereitung ist die Einstellung von Gutspflegerinnen für größere Güter, die eine dauernde Fürsorgetätigkeit ausüben sollen.

Alle diese Maßnahmen sind von dem Gedanken getragen, der bei der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung immer voranstehen sollte, daß der Arbeitsnachweis nicht nur Arbeit vermitteln, sondern sich auch um die Verhältnisse kümmern soll, in die die vermittelten Arbeiter und Arbeiterinnen kommen. Besonders bei der auswärtigen Vermittlung ist diese fürsorgliche Tätigkeit des Arbeitsnachweises die Vorbedingung für den Erfolg der Vermittlung. Gerade Sachsen hat als Ueberschußbezirk an Arbeitskräften ein Interesse daran, daß diese Fürsorgetätigkeit in den Bedarfsgebieten selbst ausgebaut wird. Sind doch in den Monaten März bis Juni von den sächsischen Arbeitsnachweisen 9000 männliche und 8000 weibliche Arbeitskräfte in die Landwirtschaft, meist nach außerhalb Sachsens vermittelt worden. Das Landesamt hofft, daß durch den Ausbau der Fürsorgetätigkeit diese Zahl noch wesentlich gesteigert werden kann.

Verbandstag der Hutmacher.

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Hut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands tagte vom 14. bis 19. Juli im Volkshause in Leipzig. Der Verband, der bei Gründung im Jahre 1871 1600 Mitglieder zählte, ist heute zu einer Mitgliederzahl von über 16 000 angewachsen. Mehr als 60 Prozent der männlichen Mitglieder waren zum Kriegsdienst eingezogen, davon sind über 300 gefallen. In den sechs Jahren seit dem letzten Verbandstag hat der Verband bewegte Zeiten durchgemacht. Am 15. August 1914 wurden 67 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Ungeheure Anforderungen wurden an die Kassen des Verbandes gestellt. Durch die Einführung von Filzhelmen im Oktober 1914 ist die größte Arbeitslosigkeit gebrochen worden. Während des Kriegs sind ganz bedeutende Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen für die Mitglieder durchgesetzt und Tarife abgeschlossen worden. Die Verbandseinnahmen betrugen in den sechs Jahren 1 052 109 M., die Ausgaben 1 126 594 M., das ist eine Mehrausgabe von 74 485 M.

Der Verbandstag hat eine wesentliche Kritik an dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes nicht geübt, nur gegen die Kriegspolitik der Generalkommission machte sich eine gewisse Opposition geltend. Dem Verbandsvorstand wurde Entlastung erteilt und dann folgende Resolution angenommen:

„Die 12. Generalversammlung stimmt im allgemeinen der Kriegspolitik der Generalkommission und der Verbandsvorstände zu und erkennt an, daß die Politik getragen war von dem Willen, das Beste für die Arbeiterklasse zu erreichen. Ausgehend von der Erwägung, daß die Aufrechterhaltung und die Erweiterung der Errungenschaften der Revolution abhängen von der Macht der Arbeiterorganisationen, empfiehlt die Generalversammlung allen Mitgliedern ein einmütiges und geschlossenes Handeln. Für alle ist es eine ernste Pflicht, jeder Zersplitterung entgegenzutreten und die Stärkung des Verbandes mit allen Mitteln und Kräften zu fördern."

Der Verbandstag beschloß, ein Eintrittsgeld von 50 Pf. für alle Mitglieder gleich zu erheben. Die Beiträge sollen ab 1. Oktober 1919 in der 1. Klasse 1.10 M., 2. Klasse 90 Pf., 3. Klasse 65 Pf. und 4. Klasse 45 Pf. betragen. Bei der Krankenunterstützung wurde eine Staffelung der Unterstützungssätze eingeführt. Das Sterbegeld und die Streikunterstützung wurden wesentlich erhöht.

Zur Verschmelzung mit andern Verbänden erklärte die Generalversammlung, sie erachte die Errichtung eines Bekleidungsindustrieverbandes als zweckmäßig. Lasse sich dieses Ziel in absehbarer Zeit nicht erreichen, dann solle ein Zusammenschluß mit dem Schneiderverband oder einem andern berufsverwandten Verbande angestrebt werden.

Zur Tarif- und Sozialisierungsfrage und zum Rätesystem wurde besonders Stellung genommen, und zwar im Sinne der auf dem Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlüsse. Ferner wurde die Einberufung eines internationalen Hutarbeiterkongresses beschlossen. Bei den Wahlen zum Hauptvorstand wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Dresdner Holzarbeiter zum Scheitern der Reichstarifverhandlungen.

Die Dresdner Holzarbeiter beschäftigten sich gestern im Volkswohlsaale in einer von mindestens 1800 Kollegen aus den Vertragsbetrieben besuchten und musterhaft verlaufenen Versammlung mit dem Scheitern der Verhandlungen über den Reichstarif.

Der Bevollmächtigte der Zahlstelle, Kollege Tempel, kennzeichnete die augenblickliche Lage und den Gang der Verhandlungen. Als im April die Verhandlungen über den Reichstarif nur die schon längst fällige Teuerungszulage brachten, habe man befürchtet, daß nunmehr die Verhandlungen verschleppt werden würden. Diese Befürchtung habe sich leider erfüllt. Zur Durchführung der Vereinbarungen vom 16. April haben wir in manchen Orten, wie in Berlin, erst zur Arbeitsniederlegung schreiten müssen. Die Arbeitgeber verlangten bei den folgenden Verhandlungen, daß, bevor weiter verhandelt werden könne, erst die Arbeit an diesen Orten wieder aufgenommen werden müsse; davon konnte bei der Schuld der Unternehmer an diesen örtlichen Streiks natürlich keine Rede sein. Den Unternehmern wurde vielmehr erklärt, daß diese Streiks berechtigt waren, und wir, nachdem die Verhandlungen monatelang hinausgezogen worden seien, eine neue Lohnerhöhung von 40 Pf. die Stunde verlangen müßten. In Nürnberg ist diese Forderung durch Schiedsspruch unter der Leitung eines Regierungsvertreters sowie die 46stündige wöchentliche Arbeitszeit und eine Ferienentschädigung auch bereits zugestanden worden. Die Generalversammlung der Unternehmer hat jedoch gegen diesen Schiedsspruch in schärfster Weise Stellung genommen. Nach dieser Stellungnahme konnte von den weiteren Verhandlungen nicht mehr viel erwartet werden und die Unternehmer lehnten denn auch jedes Entgegenkommen über die Arbeitszeit rundweg ab. Die Festsetzung eines Durchschnittslohns neben dem vertraglichen Mindestlohn kann in der zugestandenen Höhe nicht angenommen werden. Die Ferien sollen nur bis zu höchstens sechs Tagen und erst im nächsten Sommer gewährt werden. In der Lehrlingsfrage gelang eine Regelung nicht; so wollen die Unternehmer unter allen Umständen an der vierjährigen Lehrzeit festhalten. Die Frage der Betriebsräte im Vertrag zu regeln wurde abgelehnt. Entschiedensten Widerstand aber wurde der Forderung nach Erhöhung der Stundenlöhne entgegengesetzt. So mußte nach erneutem viertägigen Verhandeln der Reichstarif als gescheitert angesehen werden. Der Regierungsvertreter als Vorsitzender der Verhandlungskommission wandte sich nunmehr mit einem Bericht an das Reichsarbeitsamt, und dieses fällte in der Frage der Arbeitszeit einen Schiedsspruch, der die berechtigten Forderungen im Vertragsentwurf erfüllte. Diesen Schiedsspruch haben die Unternehmer erneut abgelehnt und die Dinge scheinen nunmehr endgültig zum Konflikt zu treiben.

Alle Redner brachten in der Diskussion zum Ausdruck, daß nun die Geduld der Dresdner Holzarbeiter erschöpft sei. Wenn der Reichstarif nicht zustande kommen könne, müßten seine Bestimmungen in den einzelnen Orten durchgeführt werden.

Die Versammlung beschloß, das im Reichstarif Enthaltene sofort den hiesigen Unternehmern als Forderung einzureichen, und forderte die Anwendung aller Mittel, um ein weiteres Hinausschieben der Angelegenheit zu verhindern. Wenn die Unternehmer deswegen den Kampf wollen, sollen sie ihn haben. Es ist sehr leicht möglich, daß der allzu straff gespannte Bogen in den allernächsten Tagen schon zerspringen kann.

Aufhebung des Streikbeschlusses in der Dresdner Metallindustrie.

In der Dresdner Metallindustrie kam es zu Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Angestellten unter Leitung des Obergewerberichters Stübing. Die Verhandlungen führten zur Einigung. In der gestrigen Angestelltenversammlung wurde über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet: Hinsichtlich des Mitbestimmungsrechts bei der Kündigung seien die Forderungen restlos bewilligt worden, betreffs des Mitbestimmungsrechts bei Einstellung, Versetzung und Beförderung sei nicht alles erreicht worden, aber die Angestellten könnten doch stolz sein auf das, was durchgesetzt worden sei. Die Versammlung stimmte dem Ergebnis durch die Annahme folgender Entschließung zu:

„Die am 24. Juli im Kristallpalast, Dresden, tagende, von 4000 Angestellten der Metallindustrie besuchte Versammlung erklärt sich mit den getroffenen Vereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht einverstanden und hebt den Streikbeschluß vom 22. Juli 1919 auf. Für die künftigen Tarifverhandlungen, die schnellstens in die Wege geleitet werden müssen, spricht die Versammlung der Kommission ihr vollstes Vertrauen aus."

In den nächsten Tagen soll über die materielle Seite des Tarifs verhandelt werden.

Der Zusammenschluß der Beamtenschaft.

Der Deutsche Beamtenbund hat in Sachsen seine Organisation durch Gründung zahlreicher Ortsgruppen ausgebaut, die innerhalb der Reichstagswahlkreise zu Kreisgruppen zusammengeschlossen sind. Diese sollen neben der Förderung der Ortsgruppen vor allem bei den Wahlen tätig sein. Der Kreisausschuß Ostsachsen ist dieser Tage zusammengetreten, hat die Satzungen verabschiedet, Stellung zu wichtigen Beamtenbesoldungs- und Rechtsfragen genommen und als Vorstand folgende Herren gewählt: Lehrer E. Alfred Schrapel, Dresden-A. 19, Kügelgenstraße 38 (Fernsprecher 31637), als ersten, Baukommissar Oertel, Dresden, als zweiten Vorsitzenden und Geheimsekretär Koch, Dresden, als Schriftführer und Kassierer. Die Geschäftsstelle ist Sporergasse 2, I. (Fernsprecher 21230).

Dresdner Kalender.

Theater am 26. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht tanzen (7½). — Zentral-Theater: Der heilige Florian (7).

Die Volkssingakademie veranstaltet kommenden Dienstag, 7½ Uhr, im Lincke'schen Bad, Dresden-N., Schillerstraße, ein Sommerkonzert. Mitwirkende: Der Chor der Volkssingakademie (Leitung: Kurt Striegler) und das Dresdner Konzertorchester (Musikdirektor M. Feiereis). Eintritt für Mitglieder frei, für eingeführte Gäste 55 Pf.

Residenz-Theater. Am 30. Juli ist die Abschiedsvorstellung von Fräulein Ida Wüst vom Thalia-Theater in Berlin. Am 31. Juli und 1. August finden Wiederholungen von Försterchristl statt. Am 2. August ist die Erstaufführung des Volksstücks mit Gesang in drei Akten Der Hutmacher Sr. Durchlaucht von Gustav Quedenfeld und Theo Halton. Musik von Josef Snaga.

Sportkartell.

Kartellvertreter. Sitzung am 28. Juli in der Frisch-auf-Schenke Umstände halber 8 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. In allen Vereinen ist lebhaft für das Bundeswerbungsturnen zu agitieren und fleißig zu üben. — 2. Gruppe. 27. Juli, Spieltag auf dem Sportplatz an der Döbelner Str., Beginn vorm. 8 Uhr. — Dresden-A. 27. Juli, Badepartie (Waldteiche), Treffen 6¼ Uhr am Wilden Mann. — Uebigau. 20. Juli, Wanderabend nach dem Albertschlößchen, daselbst ein Tänzchen. Abmarsch 6 Uhr von der Post. — Birkigt. 27. Juli, Familienausflug nach Oberweißig, Abmarsch 1¼ Uhr vom Gasthof. 3. August, Schnitzeljagd. — Oberhermsdorf. 27. Juli, Sommerfest. 2. August, Versammlung. Spielleute üben Donnerstags bei Kießling. — Zschachwitz. Touristen-Abt. 27. Juli, Badepartie nach der Talsperre bei Malter. Abfahrt 6.12 Uhr von Niedersedlitz nach Kreischa. Badeanzug mitbringen. — Radeberg. 26. Juli, 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Kaiserhof. — Fußballwettspiel. 27. Juli, Leipzig-Pegau gegen Chemnitz auf dem Sportplatz Saalhausener Str. in Löbtau. Beginn 5 Uhr.

Fußballspiele. 26. Juli: Radiz I — Leuben II in Leuben. Anstoß 6 Uhr. — 27. Juli: Radiz I (Jugend) — Sörnewitz I (Jugend) in Sörnewitz. Anstoß 4 Uhr.

Bücher und Zeitschriften.

1919. Neue Blätter für Kunst und Dichtung. Verlag Emil Richter, Dresden, Juliheft, 2. Jahrgang. Preis 2 M., halbjährlich 9 M.

Der Scheinwerfer. Erneute Kultur. Herausgeber Emil Unger und Dr. W. Peiser. Verlag Berlin W 35, Potsdamer Str. 27b. 11. Heft, 2. Jahrgang. Preis 75 Pf.

Briefkasten.

A. W., Weißig. Die Streckung ist unzulässig. Beschweren Sie sich bei der zuständigen Amtshauptmannschaft oder beim Landeslebensmittelamt, Dresden, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

P. W., Unterweißig. Die Frau muß sich an die Armenverwaltung ihres Wohnorts bzw. der Amtshauptmannschaft wenden.

Frau D. B., Cossebaude. Für Ihre Anregungen besten Dank. Sie sollen soweit als möglich berücksichtigt werden.

B. W., Hellerau. Wenden Sie sich noch an das Generalkommando XII in Dresden.

O. N. 23. Auf die 10 M. haben Sie Anspruch. Für das Warten kann die Vermieterin Entschädigung verlangen. Es empfiehlt sich daher gütliche Einigung.

Frau M. H., Luisenstraße. Ihr Schreiben ist nicht so klar gehalten, um es beantworten zu können. Wenden Sie sich daher an das Arbeitersekretariat, Ritzenbergstr. 4, I.

Achtstundentag. 1. Ja. 2. Wenden Sie sich an die zuständige Berufsorganisation, den Buchbinderverband. Ortsadresse: Dresden-A., Kaulbachstr. 16, I., Fernsprecher 23 700, Sprechzeit 11—1 und 5—7 Uhr, Sonnabends 10—4 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

Täglich Tymians Thalia Theater — Teleph. 14890 — Linien 5 u. 7
Görlitzer Str. 6 — Anfang 7½ Uhr — Görlitzer Str. 6
Sonntags nur 7½ Uhr.
Vorzugskarten vorläufig keine Gültigkeit.

Ausziehtisch
Plüschsofa verkauft billigst
Max Jaffé Söhne
Marschallstraße 34. b 1914

Bettstellen
Schrank, Vertiko verk. billigst
Max Jaffé Söhne
Marschallstraße 34. b 1915

Bettwäsche
Gardinen, Tafelwäsche, Kleider, Blusen u. verschied. zu verk. Kurzbach, Wachsbleichstr. 8, 3. (Hinterhaus). b 2014

Herren- Damen- Räder b 1878
85, 95, 125, 150, 185, 200—250 M. zu verkaufen. Dresden-Neust., Oppelstr. 19, 1 Tr.

Echten dänischen
Kautabak
empf. Ferdinand Uhlemann, Groß- u. Kleinverkauf für Tabakwaren, Glacisstraße 44 (am Albertplatz).

10 Meter Hemdentuch
preiswert zu verk. Schänker, Marschallstraße 8, 1.

Wäschewannen
„Unverwüstlich"
im Spezialgeschäft Am See, Ecke Marienstraße.

ff. Rohkohle
Zentner 2.50 M., Scheffel 3.75 M. bei Friedrich Birkenbusch.

Wohnungen
richtet preiswert per Max Kutscher, Konkordienstraße 9.

Die Boxkämpfe im Circus Sarrasani.

Die Boxkämpfe im Circus Sarrasani sind Box-Weltkämpfe, in denen dem Sieger der von der Direktion des Circus Sarrasani gestiftete goldene Pokal des Freistaates Sachsen winkt. Es handelt sich also bei diesen Kämpfen nicht einfach um eine Demonstration des Boxkampfes, vielmehr hat jeder Boxer das größte Interesse daran, sein Bestes herzugeben, um den ausgesetzten Preis zu erringen. Es geht somit hart auf hart, ohne irgendwelche Schonung des Gegners. Es ist hochinteressant und lehrreich, einen Kampf zwischen zwei guten Boxern, wie z. B. Fürst und Armstrong, zu sehen. Jeder Schlag ist wohlgezielt, wohlberechnet; hin und her wogt der Kampf; jede, auch die kleinste Schwäche des einen Gegners wird von dem andern mit Gedankenschnelle ausgenutzt, fast scheint es, als solle der Kampf unentschieden ausgehen — da fällt plötzlich der eine der Gegner wie vom Blitz getroffen zu Boden —, ein wohlgezielter Magenstoß hat ihn zu Fall gebracht! Der Schiedsrichter zählt laut die vorgeschriebenen 10 Sekunden; kann sich der Gefällte in dieser Zeit nicht wieder erheben und den Kampf fortsetzen, so wird er als besiegt erklärt. — Jeder Moment eines Boxkampfes ist spannend und aufregend zugleich, ununterbrochen wird die Aufmerksamkeit des Zuschauers gefesselt. — Kein Zweifel: nicht lange noch, und der Boxkampf wird bei uns so volkstümlich sein wie in anderen Ländern.

Der Siegespreis — der goldene Pokal des Freistaates Sachsen — ist in einem Schaufenster des Residenz-Kaufhauses ausgestellt.

Freitag den 25. Juli boxen:
Willi Langer, Hamburg, gegen Goldstein, Warschau
Dolly Berry, Afrika, gegen Jung Jonny, Kiel
Haremsa, Polen, gegen Karl Fürst, Wien
Molitor-Reuter, Berlin, gegen Jung Olsen, Dänemark.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190725/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verteilung von ausländischem Pökelschweinefleisch in der Stadt Dresden.

1. Auf Abschnitt 5 der Einfuhrzulagkarte für ausländisches Pökelschweinefleisch der Stadt Dresden erhalten:
Personen über 6 Jahre 250 Gramm Schweinefleisch.
Personen bis zu 6 Jahren 125 Gramm Schweinefleisch.

2. Die Abschnitte 5 sind als Voranmeldung bei einem kleinen Fleischer spätestens Sonnabend den 26. Juli 1919 abzugeben.
Nachmeldungen sind von der Belieferung ausgeschlossen.

3. Die Fleischer haben besonders darauf zu achten, daß nur Abschnitte der Dresdner Einfuhrzulagkarte für ausländisches Pökelschweinefleisch abgegeben werden. Diese Abschnitte sind aufgerechnet und in Bündeln zu 100 Stück verpackt bei der Zählstelle auf dem städtischen Schlachthof mit ordnungsmäßig ausgefülltem Lieferschein spätestens Montag den 28. Juli 1919, mittags, abzuliefern.

4. Der Verkauf findet nächste Woche statt. Der Tag wird noch bekanntgegeben werden. Bei der Abholung ist der Stammabschnitt der Einfuhrzulagkarte mitzubringen, auf dem die Fleischer die Belieferung durch Ausstreichen des Feldes 5 mit Tintenstift zu bestätigen haben.

5. Als Verkaufspreise für die Verbraucher sind festgesetzt:
für 250 Gramm . . . . . . 2 M.
für 125 Gramm . . . . . . 1 M.

6. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geld bis zu 10 000 M. bestraft. [1633

Dresden, am 24. Juli 1919. Der Rat zu Dresden.

Auf die hierunter erneut abgedruckte Bekanntmachung wird hingewiesen. Ihre Durchführung wird scharf überwacht werden.

Dresden, am 23. Juli 1919. Der Rat zu Dresden.

Verkehr mit ausländischem Gemüse und Obst.

Auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 § 12 wird folgendes bestimmt:

Aus dem Ausland in das Reich eingeführtes Gemüse und Obst, das den allgemeinen Höchstpreisen nicht unterliegt, darf nur zu den vom Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land von Fall zu Fall besonders festgesetzten Preisen verkauft werden. Der Kommunalverband behält sich vor, bei gleichzeitigem Eingange gleichartiger In- und Auslandsware die Kleinhandelsgeschäfte nur mit der einen oder der andern beliefern zu lassen. Kleinhändlern, die ausländisches Gemüse oder Obst führen, haben die zum sofortigen Verkauf bestimmten Vorräte dem Käufer sichtbar und von Inlandsware getrennt feilzuhalten. Sie haben ferner diese Vorräte mit einem deutlich lesbaren Schild zu versehen, das die Aufschrift „Auslandsware" und den Preis enthält. Die Anbringung dieses Schildes darf keine Zweifel lassen, auf welche Waren es sich bezieht.

Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn der Preis der Auslandsware den für gleiche Inlandsware festgesetzten Kleinhandelshöchstpreis nicht übersteigt.

Die über die Preisaushänge und die Preistäfelchen sowie über den Verkaufszwang bestehenden Bestimmungen bleiben unberührt.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund von § 17 Ziffer 2 der eingangs genannten Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 1500 M. bestraft. Auch wird dem Täter fernerhin der Verkauf von Auslandsware, nach Befinden der gesamte Handelsbetrieb untersagt werden.

Dresden, am 11. Juni 1918.

Der Rat zu Dresden.
Amtshauptmannschaft Dresden-A.
Amtshauptmannschaft Dresden-N.
[636]

Sonderzuweisung.

Abschnitt 14 der Nährmittelkarte A, B, C und D vom 6. Juli bis 2. August 1919 wird außer mit den in der Bekanntmachung vom 21. Juli 1919 aufgeführten Mengen noch mit
150 Gramm Bohnen oder Erbsen und
150 Gramm Hülsenfruchtmehl
beliefert. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher, die bis 2. August 1919 erfolgt, beträgt für
1 Pfund Bohnen 1,00 M.
1 Pfund Erbsen 1,00 M.
1 Pfund Hülsenfruchtmehl 0,85 M.

Dresden-Neustadt, am 24. Juli 1919.
Die Amtshauptmannschaft.

Deuben.

Die amtliche An- und Verkaufsstelle für getragene Kleidungsstücke sowie Schuhwaren befindet sich Possendorfstraße Nr. 5 im Hause des Schlossermeisters Günther.
Sie ist geöffnet von 3 bis 7 Uhr nachmittags. [m 33
Deuben, am 17. Mai 1917. Der Gemeindevorstand.

Eleganten
Ersatz für Tischwäsche
bietet unser weißes
Krepp-Papier
100 cm breit, in 5 und 50 kg schweren Rollen, auch meterweise
Unentbehrlich für Hotel- und Restaurationsbetriebe, welche auf sauber gedeckte Tische Wert legen
Krepp-Papierservietten
Farbige Krepp-Papiere für Dekorationszwecke
Muster und Preise stehen zu Diensten
M. & R. Zocher Papier-Groß- u. Klein-Vertrieb
Dresden, Gr. Plauensche Str. 21 u. Annenstr. 9

MÖBEL!
Kompl. bürgerl. Wohnungs-Einrichtungen in allen Holzarten.
Krieger-Möbel.
Wohnzimmer in Kunsteiche.
Schlafzimmer, helle Eiche, gestrichen.
Küchen-Einrichtungen in farb. Lack.
Eigenes Fabrikat. Vorteilhafte Preise.
Grosse Auswahl.
Möbelhaus Union
Dresden-N., Alaunstrasse 17.

Spülapparate
Mutterspritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Curol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.
Frau Heusinger, Am See 37.

Lebende Käfig-Vögel
in größter Auswahl! [1227
Prima Vogelfutter für alle Vogelarten in unübertroffener Qualität bei billigsten Preisen empfiehlt
Fritz Lindert, Zoolog. Handlung, Dresden-N., Bautzner Str. 51.

Messow & Waldschmidt
Baumwollene
Kinder-Schwitzer
Sommertrikot in verschiedenen Farben, gut waschbar, Stück
7.50 8.50 9.50
Dazu passende Höschen in allen Größen Paar 3.50

Damen-Strümpfe
schwarz, in guten Qualitäten richtige Längen und Größen
durchbrochen 7.50 glatt 9.50 Mufflein 13.50
Nahtlose Füßlinge, schwarz Paar 1.95

Damen-Korsetten
aus la baumwollenen Stoffen gutsitzende Formen . . Stück [1179
22.50 24.00 27.50
Büstenhalter aus baumwollenen Stoffen . . . Stück 7.50

Gut bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
moderne Küchen, gemalt und lasiert
kompl. Schlafzimmer, echt u. imitiert
alle Arten einzelne Möbel
Polsterwaren
eigener Anfertigung
empfehlen gegen Kasse, evtl. auch Teilzahlung
Wagner & Comp.
Scheffelstr. 26, I. [w 52 d

Leutewitzer Wind-Mühle

Jeden Sonnabend, abends 7 Uhr
Groß. Konzert
Kapelle unter Leitung des Herrn Oberkapellmeisters Stock.
Hierzu laden ein [m 815
Alfred Fehrmann und Frau.

Name und Renommee genügen!
Kamenzer Straße 19. Linien 5, 8, 15.
Orpheum
Sonnabend 6 Uhr } Toller Betrieb
Sonntag 4 Uhr
Vornehmer öffentlicher Ball
Tourentanz, Tanzmarken, neues Parkett

Kristall-Palast
Schäferstraße 45. — Straßenbahnlinien 19 u. 21.
Jeden Sonnabend und Sonntag, 4 Uhr: Feiner Ball
Eintritt 50 Pf. inkl. Steuer. — Tourentanz. — Neueste Tänze. [m 187

Weißmühle! Prachtvoller Ausflugspunkt u. Sommerfrische im herrlichen Weißeritztal bei Rabenau, 10 Min. vom Dampfschiff u. d. Straßenbahn. — Schöner Gesellschaftssaal. [1144

Prinzeß-Theater
Lichtspiele
Pragerstr. 52
Wegen des außerordentlich großen Erfolges um einige Tage verlängert!
Quo vadis?
(Wohin gehst du?)
nach dem gleichnamigen Roman von Henryk Sienkiewicz.
Ca. 10 000 Mitwirkende. [1170
Anfang der Vorstellungen: 4, 6¼ u. 8½ Uhr.

D K H D K H
Straßenbahnen 7, 13, 22.
Sonnabend den 26. Juli von 6¼ — 10 Uhr
Die Diamanten des Zaren
Kriminaldrama in 6 Akten. [b 2048
Hauptrolle: Viggo Larsen.
Außerdem das herrliche Beiprogramm.
Drei-Kaiser-Hof

Astoria-Lichtspiele
21 Scheffelstrasse 21. [1180
Ab Freitag bis mit Montag Lotte Neumann u. Bruno Kastner in
Die Buchhalterin. Nach dem Roman von Hans Kretzer.
Ein wahres Lebensbild in 5 Akten.
Rolf kann alles.
Heiteres Spiel in 2 Akten, mit Rolf Lindau-Schulz.

MUSENHALLE
Dorf. Löbtau, Kesselsdorfer Str. 17. Straßenbahnlinien 7, 13, 22.
Täglich 7½ Uhr. Sonntags 2 Vorstellungen. [m 178
Die Hamsterfahrt. Schwank in 3 Akten. Herrliche Musik. Neuaufführung.
Jeden Sonntag, 4 Uhr: Oeffentl. Tanz.

Königshof-Theater
Anfang 7½ Uhr. Fernsprecher 13415.
Verlorene Töchter
Lebens- und Sittenbild in 4 Akten von Thilo Schmidt.
Zur Belehrung aller deutschen Mädchen und Frauen!
Personen unter 16 Jahren Zutritt verboten. [b 1773

Kino Briesnitz
Morgen Sonnabend u. Sonntag
Die schwarze Hanne oder Das Schicksal der Margarete Holberg
Drama in 4 Akt. — Pauline mit der Pauke. Lustspiel in 2 Akten.

Union-Bar, Schössergasse 6
1 Minute vom Altmarkt [1250
Allabendlich Großstadtbetrieb!

Bären-Schänke

Webergasse 27, 27b. Zahnsgasse 16 u. 18.
Dresdens größtes Bier- u. Speisehaus
Künstlerisch vorbildliche Bierstuben mit volkstümlicher Behaglichkeit.
Gute bürgerliche Küche. [m 300
Täglich: Schmackhafte Gemüse-Gerichte.
Großartige Geweihsammlung
über 300 Stück, darunter exotische Exemplare.

Walhalla
Freibergerstraße 69 — Straßenbahn 7 u. 18
Heute Freitag Damen-Ball Förster-Orchester; Moderne Tänze:
Den geehrten Vereinen u. Gewerkschaften empfehle ich meinen Saal mit großer, moderner Theaterbühne, vielen Verwandlungen u. elektr. Lichteffekten, auch Sonntags, zur gef. Benutzung. Alfred Baum.

Zentralhalle
Fischhofplatz
Heute Freitag [b 2047
Grosser Damenball
Konzertinaverein Germania. D. V.

Flora-Theater
Ab 25. Juli allabendlich 7½ Uhr:
Der selige Balduin.
Sonntags 3½ und 7½ Uhr
Ab 26. Juli: Der letzte Prinz.

Jede Dame
kaufe beim weit u. breit bekannten billigen
Mäntel-Ulbricht
nur noch Neustadt Heinrichstr. 14-16.

Sommerlust
Roter süßer Traubenwürzwein
Genuß- Stärkung- Heilung.
Reichliche Versorgung mit Wein zur Gesundung u. Kräftigung ist hier Arzt geboten
C. Thinschgen
Weingroßhandlung Dresden
Annenstraße 9 Filiale Bautznerstr. 9
Wiederverkäufer Rabatt

Auf Teilzahlung und gegen bar
Speise-, Schlaf- und Herrenzimmer
Farbige Küchen
Polsterwaren [1222
Reformbettstellen
Einzelne Möbel echt und gemalt
Kinderwagen
Sportwagen.
Jttmann
9, I. Neumarkt 9, I.
im Hause der Post.

F. Otto Messerschmidt
Spezialgeschäft für Bürobedarf

Notizbücher, Block-, Brief- und Geldscheintasch., Füllfederhalter, Klemm-Mappen für alle Sports, Notizbücher mit auswechselbaren Blättern. [m 25

Solide
Reisekoffer
Handkoffer
Reisetaschen
Aktentaschen

nur eigenes Fabrikat liefert preiswert
Richard Hänel
Sattlermeister [m 13
Pillnitzer Straße 5

Trauringe
verkauft
Schmid, Amalienpl. 1.